

4 Demokratisch abgesicherte Barbarei – Günter Grass als Advokat für Minderheiten

4.1 Ohne Stimme – Günter Grass’ Einsatz für Ausländer und Minderheiten

Günter Grass vertrat auf Basis seiner persönlichen Erfahrung ein modernes, nicht auf Staatsgrenzen beruhendes Verständnis von einer Nation und zeigte sich offen für die in Deutschland lebenden Ausländer. Der Intellektuelle erklärte seine Motivation, als deren Advokat aufzutreten, damit, dass er bereits in Danzig „als Kind mit Minderheitsfragen konfrontiert gewesen“¹ sei. Sein Vater stammte aus einer deutschen Familie und seine Mutter war Kaschubin. Zudem mussten sie als eine „Flüchtlingsfamilie“² nach dem Zweiten Weltkrieg den „Verlust der Heimat“³ erleben. Aus diesen persönlichen Erfahrungen heraus entwickelte Grass sein asylpolitisches Konzept für die Berliner Republik (vgl. Tabelle 28).

Tabelle 28: Günter Grass’ Konzept für eine gerechte Asylpolitik.

Problemdimensionen	Neues Nationsverständnis auf Basis einer neuen Verfassung
Problemsicht	Wohlstandsgrenze zwischen Ost- und Westdeutschland fördert Rechtsradikalismus
Problemverursacher	CDU-Politiker SPD-Zustimmung zum Asylkompromiss
Problemursachen	Sprache der Politiker Abschaffung des Asylrechts durch Asylkompromiss 1992
Problemfolgen	Bürokratisch: Abschiebehaft Gesellschaftlich: Rechtsradikalismus
Problemopfer	Ausländer, Minderheiten wie Sinti und Roma

1 Hanns Swoboda / Jan Marinus Wiersma, Ein blinder Fleck im europäischen Bewusstsein. Ein Interview mit Günter Grass, in: Monika Flašíková-Beňová / Hannes Swoboda / Jan Marinus Wiersma (Hrsg.), Roma: A European Minority. The Challenge of Diversity, 2011, S. 33–38, hier S. 33.

2 Günter Grass, Fortsetzung folgt ..., in: NGA 23, S. 273.

3 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 56.

Tabelle 28 (fortgesetzt)

Problemdimensionen	Neues Nationsverständnis auf Basis einer neuen Verfassung	
Problemadressat	Fehlende politische Kraft Hoffnung in rot-grüne Koalition Intellektuelle und Bürger der Gesellschaft, besonderer Fokus auf Jugend	
Problemlösung	Anerkennung: Deutschland als Einwanderungsland, Neues Nationsverständnis und Staatsbürgerschaftsrecht	
Problemziel	Vielfältiger Staat, kulturelle Einbeziehung von Ausländern	
Deutungsmuster	<i>Sozial:</i>	Einbeziehung von Minderheiten
	<i>Historisch:</i>	Lehren aus dem Nationalsozialismus, Recht auf Asyl
	<i>Kultur:</i>	Kulturnation integriert Ausländer, kulturelle Bereicherung
	<i>Wirtschaft:</i>	Kein Profit aus Waffenexporten, neue Wirtschaftsordnung
Interventionstyp	Allgemeiner Intellektueller	

Der Intellektuelle vertrat in der Berliner Republik die *Problemsicht*, dass durch die schnelle Deutsche Einheit eine Wohlstandsgrenze in Europa entstanden sei, die zu Fremdenfeindlichkeit führe. Denn „wer soziales Elend verursacht, der stiftet Haß“⁴. Dieser würde sich „Ziele außerhalb seines eigenen völkischen Dunstkreises“⁵ suchen. Zur Erinnerung: Am Vorabend der staatlichen Vereinigung prophezeite Grass daher, dass bei den Rechtsradikalen, die sich in Ost- und Westdeutschland bereits vereinigt hätten, „Konjunktur angesagt“⁶ sei. Er stellte sich die Frage: „Sind die Deutschen wieder zum Fürchten?“⁷ Der Intellektuelle meinte, dass in der deutschen Verwaltung „häufig bürokratische Kälte den Ausschlag gibt für inhumane Exzesse“⁸.

Bereits 1991 konstatierte Günter Grass in der *Bitterfelder Rede*, dass „ein Jahr genügte, dem Nationalsozialismus Auftrieb zu geben“⁹ und „uns die Entwicklung zum Zentralstaat übel bekommen“¹⁰ sei. Die Anschläge auf Asylantenheime haben den „häßliche[n] Deutschen“¹¹ wieder zum Vorschein gebracht, „[s]eitdem hat sich

4 Günter Grass, Einige Warnschilder, in: AdK, GGA, Signatur 10327.

5 Grass, Ein Schnäppchen namens DDR, in: NGA 22, S. 480; vgl. Grass, Gegen den Haß, S. 7.

6 Grass, Ein Schnäppchen namens DDR, in: NGA 22, S. 480.

7 Grass, Ein Schnäppchen namens DDR, in: NGA 22, S. 484.

8 Grass, Ein Schnäppchen namens DDR, in: NGA 22, S. 482.

9 Grass, Bitterfelder Rede, in: NGA 22, S. 522.

10 Grass, Bitterfelder Rede, in: NGA 22, S. 523.

11 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 42.

Deutschland verändert. [...] [W]eil uns wieder einmal die Vergangenheit auf die Schulter klopft, uns als Täter, Mitläufer und schweigende Mehrheit kenntlich gemacht hat.“¹² Der Intellektuelle verspürte Wut, Trauer und Zorn angesichts des zunehmenden Rassismus in Deutschland.¹³ Dieser würde sich in Antisemitismus und Pogromen äußern. Auch Sinti und Roma würden „als asoziale Elemente eingestuft und [...] permanent der Gewalt ausgesetzt“¹⁴. Angesichts der historischen Erfahrung mit Rechtsextremismus in Deutschland fragte sich Günter Grass 1992: „Ist dem deutschen Hang zur Rückfälligkeit kein heilsames Kraut gewachsen? Ist uns die Wiederholungstat in Runenschrift vorgeschrieben? [...] Ist uns [...] noch immer kein ziviler, das heißt humaner Umgang mit In- und Ausländern möglich?“¹⁵ Er gab zu, dass diese Entwicklung nicht alleine auf Deutschland beschränkt sei, sondern europaweit angesichts der Not in der Dritten Welt und der Überbevölkerung „abweisende Gesetze erlassen [werden]. Latente Fremdenfeindlichkeit wird bis zu Ausbrüchen von Gewalt geschürt“¹⁶. Europa glaube, „sich dieser neuen Völkerwanderung als Festung entziehen zu können“¹⁷. Grass prophezeite 1992 bereits: „Dabei ahnen wir, daß all dem, der zu erwartenden Klimaveränderung, der um sich greifenden Verelendung und den Folgen der Bevölkerungsexplosion, keine Festung standhalten wird.“¹⁸

Grass sah in Deutschland die *Problemursache* „zum Anwachsen des Rechtsradikalismus“¹⁹ auch in der „Demontage des Asylparagraphen“²⁰ im Jahr 1992 begründet. Er kam zu dem Fazit, dass das „Kronjuwel“²¹ der Verfassung mit seinem „grundgesetzliche[m] Recht auf Asyl“²² verunstaltet und damit „schwer beschädigt“²³ sei. *Problemverursacher* waren für ihn Innenminister Rudolf Seiters sowie sein Nachfolger Manfred Kanther in der Regierung Helmut Kohls, denen er eine Mitschuld an der herrschenden Stimmung gegen Ausländer gab und als „Skinhead[s] mit Schlips“²⁴ bezeichnete. Darüber hinaus seien Unions-Politiker, wie Edmund Stoi-

12 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 43.

13 Vgl. Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 61.

14 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 45.

15 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 47.

16 Günter Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 25.

17 Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 25.

18 Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 25.

19 Günter Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 291.

20 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 291.

21 Günter Grass, Mündig sein, in: NGA 23, S. 478.

22 Grass, Rede über den Standort, in: NGA 23, S. 172.

23 Grass, Rede über den Standort, in: NGA 23, S. 172.

24 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 46.

ber, Volker Rühe oder Roland Koch, durch ihre Sprache „regierungsverantwortliche Mittäter“²⁵, die „punktuell die rassistische Politik [...] betreiben“²⁶ würden. Grass bezeichnete diese „Biedermeier als Brandstifter“²⁷, denn „wie in anderen europäischen Ländern, so auch in Deutschland: Der Fisch beginnt vom Kopf her zu stinken.“²⁸ Für den Intellektuellen war aber auch die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Asylkompromiss dermaßen „unverzeihlich“²⁹, dass sie seinen Parteiaustritt zur Folge hatte (vgl. IV. Kap. 4.3.1). Diese Entscheidung bedeutete für Grass „den Bruch mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“³⁰.

Anfang der 1990er-Jahre tat sich Günter Grass schwer, einen *Problemadressaten* zu definieren, denn „keine politisch gestaltende Kraft ist erkennbar, die willens oder fähig wäre, dem wiederholten Verbrechen Einhalt zu gebieten“³¹. Er klagte über die fehlende Öffentlichkeit, denn nur einzelne, zivilgesellschaftliche Gruppen, wie Kirchen oder Schulklassen, würden diese Fehlentwicklung wahrnehmen.³² „Es ist, als habe man sich damit abgefunden“³³, klagte der Intellektuelle. „Nie jedoch dürfen wir zulassen, daß uns rechtsradikaler Terrorismus und populistische Parolen unter Druck setzen.“³⁴ Es war ihm klar, dass nur „gesellschaftliche[r] Druck [...] stark genug wäre“³⁵, um eine gesetzliche Veränderung herbeizuführen. „Wer hilft mit, den nicht nur mich, nein, uns alle beschämenden Akt legalisierter Barbarei, die Abschiebelager aus der Welt zu schaffen? Ich weiß keine Antworten auf diese Fragen, es sei denn, die heute noch junge Generation fände alsbald zu ihrem Ausdruck engagierter Bürgerpflicht.“³⁶ Er sprach in seinen Reden auch Schüler direkt an und fordert sie auf, als Bürger „den Mund aufzumachen und zu widersprechen“³⁷. Grass bat zudem seine Schriftstellerkollegen und Künstler darum, seine „Ein-Mann-Fraktion“³⁸ zu unterstützen, denn „wäre es nicht besser um die bundesdeutsche Gesellschaft bestellt, wenn es eine Vielzahl von Schriftstellern, oder sagen wir: Intellektuellen gäbe, die bereit wären [...] mit der mehrmals beschädigten Ver-

25 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 291; vgl. Grass, Rotgrüne Rede, in: NGA 23, S. 216.

26 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 291.

27 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 47.

28 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 291.

29 Grass, Rotgrüne Rede, in: NGA 23, S. 215.

30 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 49.

31 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 24, S. 45.

32 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 291–292.

33 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 292.

34 Günter Grass, Was an die Substanz geht, in: NGA 23, S. 39.

35 Günter Grass, Zwischen allen Stühlen, in: NGA 23, S. 225.

36 Grass, Zwischen allen Stühlen, in: NGA 23, S. 226.

37 Grass, Mündig sein, in: NGA 23, S. 477.

38 Grass, Zwischen allen Stühlen, in: NGA 23, S. 225.

fassung in der Hand laut anklagend zwischen den Stühlen zu sitzen [...]“³⁹ Grass flehte: „Laßt euch, ihr harten Deutschen, endlich erweichen und gebt den Skinheads eine Antwort, die nicht von Angst verzeichnet, sondern mutig, weil menschlich ist.“⁴⁰

Die *Problemfolgen* zeigen sich in den praktizierten Abschiebungen und der sogenannten Abschiebehaft, die Grass als „barbarisch“⁴¹ beschrieb: „Ein Umgang mit Hilfesuchenden, so menschenverachtend, als habe sich bei dieser Abschieberegulation ein Mann namens [Erich] Mielke [Minister für Staatssicherheit in der DDR] beratend nützlich gemacht“⁴². Ein Verbot der rechten Partei NPD stellte für den Intellektuellen dagegen keine *Problemlösung* dar, ebenso wenig eine Fokussierung auf Ostdeutschland.⁴³ Er hoffte stattdessen, einer „modernen und die hier geborenen Ausländer einbeziehenden Staatsbürgerschaft zur Gesetzeskraft zu verhelfen“⁴⁴, beispielsweise in Form einer neuen Verfassung (vgl. IV. Kap. 3.3.1).⁴⁵ Von der Politik forderte Grass, „daß man den hier lebenden Ausländern nach einer gewissen Zeit die doppelte Staatsangehörigkeit ermöglichen sollte“⁴⁶. Für Europa empfahl er eine gesamteuropäische Verfassung zu schaffen.⁴⁷ Anstatt Geld in die Festung Europa zu investieren und mit Waffenexporten militärische Auseinandersetzungen zu fördern, plädierte der Intellektuelle in Anlehnung an Willy Brandts Nord-Süd-Bericht, die Ursachen der Völkerwanderung in den Blick zu nehmen und eine neue Weltwirtschaftsordnung durch Schuldenerlass sowie gleiche Marktchancen möglich zu machen.⁴⁸

Grass vertrat die Meinung, dass „ein neuer, als Bundesstaat auf kultureller Vielfalt gegründeter Staat“⁴⁹ das *Problemziel* sei. Dieser solle „nicht nur Deutsche zu seinen Bürgern“⁵⁰ zählen, sondern auch „Italiener und Jugoslawen, Türken und Polen, Afrikaner und Vietnamesen“⁵¹. Er forderte, dass „man im Grundgesetz die Definition: wer ist ein Deutscher? auf eine zivilisierte, unserem Jahrhundert

39 Grass, Zwischen allen Stühlen, in: NGA 23, S. 225.

40 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 63.

41 Grass, Zwischen den Stühlen, in: NGA 23, S. 225; vgl. Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 207.

42 Grass, Rotgrüne Reden, in: NGA 23, S. 216.

43 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 290.

44 Grass, Zwischen allen Stühlen, in: NGA 23, S. 226.

45 Vgl. Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 11.12.1990, in: AdK, GGA, Signatur 2847.

46 Grass / Hildebrandt, Schaden begrenzen oder auf die Füße treten, S. 12.

47 Vgl. Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 26.

48 Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 5.

49 Grass, Einige Ausblicke vom Platz der Angeschmierten, in: NGA 22, S. 457.

50 Grass, Einige Ausblicke vom Platz der Angeschmierten, in: NGA 22, S. 457.

51 Grass, Einige Ausblicke vom Platz der Angeschmierten, in: NGA 22, S. 457.

angepaßte Art und Weise⁵² erneuere. Dazu müsse der „Begriff Nation weiträumiger als jemals zuvor bemessen sein“⁵³. Dafür müsse man allerdings anerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei.⁵⁴ Auf dieser Basis gälte es, die hier lebenden Ausländer zu integrieren, indem „man ihre Kultur achtet“⁵⁵. Es wäre die Aufgabe einer Nationalstiftung (vgl. IV. Kap. 5.3.4), „diesen kulturellen Zuwachs wahrzunehmen, zu fördern und zu schützen“⁵⁶. Grass zeigte sich offen für weitere Asylsuchende: „Laßt sie kommen und bleiben, wenn sie bleiben wollen; sie fehlen uns“⁵⁷, denn „sie erweitern unseren kulturellen Begriff. Sie könnten helfen, unser nach wie vor diffuses Bewußtsein von Nation neu zu erleben.“⁵⁸

Die politische Haltung des Intellektuellen basiert auf vier verschiedenen *Deutungsmustern*. Einerseits argumentierte er *historisch* damit, dass Lehren aus dem Nationalsozialismus gezogen und Minderheiten mit Asylgesetzen geschützt werden müssen. Diesen Standpunkt kombinierte Grass mit einem *sozialen* Deutungsmuster, da er eine gleichberechtigte Anerkennung von Minderheiten forderte. Aus *ökonomischer* Sicht führte Grass an, dass der Profit von Rüstungsexporten mit Hinblick auf die Flüchtlingsbewegungen moralisch zu hinterfragen sei. Durch sein offenes *kulturelles* Verständnis sah er Ausländer als Bereicherung für die Gesellschaft an. In diesem Sinne engagierte sich Günter Grass als *allgemeiner Intellektueller* für Ausländer, anderer Minderheiten und deren Rechte auf Asyl sowie Anerkennung.

4.2 Öffentlicher Diskurs: Appell für Menschenrechte

4.2.1 Sprecher für verschiedene Minderheiten

Günter Grass verfügte über eine kommunikative Macht, die er für seine Kritik an der Asylpolitik verwendete. Mit seinem kontinuierlichen Einsatz in diesem Politikfeld erzeugte er in der Berliner Republik eine hohe Medienresonanz (333 Presseartikel). Die öffentliche Aufmerksamkeit erreichte der Intellektuelle durch die Kombination von verschiedenen Aktivitätsformen (vgl. Tabelle 29), nämlich Interviews und politische Appelle, offene Briefe und Reden. Darüber hinaus verarbei-

52 Grass / Hildebrandt, Schaden begrenzen oder auf die Füße treten, S. 12.

53 Günter Grass, Nach dreißig Jahren, in: NGA 23, S. 356.

54 Grass / Hildebrandt, Schaden begrenzen oder auf die Füße treten, S. 12.

55 Günter Grass, Was steht zur Wahl?, in: NGA 23, S. 435.

56 Grass, Nach dreißig Jahren, in: NGA 23, S. 356.

57 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 63.

58 Grass, Einige Ausblicke vom Platz der Angeschmierten, in: NGA 22, S. 457.

Tabelle 29: Grass' Äußerungen zur Asylpolitik und deren Medienresonanz (1989–2015).

Form	Titel	Datum	Zeitung	MR
Aufruf	Aufruf für türkische Flüchtlinge	03.11.1989	TAZ, 03.11.1989	2
Gespräch	<i>Nachdenken über Deutschland</i> mit Stefan Heym in Brüssel	16.12.1991	FAZ, 18.12.1991	1
Aufruf	Frankfurter Aufruf	26.09.1992	FAZ, 27.09.1992	2
Rede	<i>Was an die Substanz geht</i> Anlässlich Grass' 65. Geburtstag in Lübeck	19.10.1002	Zeitung?	1
Aufruf	Aufruf von Pro Asyl	01.10.1992	TAZ, 01.10.1992	2
Aufruf	Hamburger Manifest	07.10.1992	TAZ, 23.10.1992	1
Rede	<i>Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland</i> anlässlich der Reihe <i>Reden über Deutschland</i> der Verlagsgruppe Bertelsmann	18.11.1992	SZ, 21.11.1992	15
Interview	Parteiaustritt	23.12.1992 28.12.1992	Flensburger Tageblatt/ Monitor	26
Literatur	<i>Novemberland</i>	1993		1
Offener Brief	An Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit Peter Rühmkorf	05.06.1993	FR, 05.06.1993	1
Aufruf	Berliner Aufruf	1994		1
Gründung	<i>Stiftung zugunsten des Romavolks</i>	28.09.1997		6
Rede	<i>Laudatio auf Yaşar Kemal</i> anlässlich des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche	1997	SZ, 20.10.1997	228
Interview	Focus	05.07.1999	TAZ	1
Offener Brief	An Otto Schily mit Heide Simonis	2000		3
Rede	<i>Ohne Stimme</i> Europarat in Straßburg	11.10.2000		3
Rede	<i>Zukunftsmusik oder Der Mehlwurm spricht</i> Europäische Investitionsbank in Bremen	19.10.2000		1
Buch	<i>Ohne Stimme</i>			1

Tabelle 29 (fortgesetzt)

Form	Titel	Datum	Zeitung	MR
Offener Brief	An Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), Abschiebung Roma in den Kosovo		FAZ, 03.11.2010	3
Statement	Flüchtlinge Zwangseinquartierung	2014	FAZ, 28.11.2014	3
Aufruf	<i>Schutz in Europa</i> Resolution PEN zur Flüchtlingspolitik	2015	FAZ, 14.04.2015	1

tete der Schriftsteller das Thema auch literarisch. Je nach Interventionsform sind große Unterschiede in der Medien- sowie politischen Resonanz feststellbar.

Grass nahm in vielen Interviews Stellung zum Asylrecht und diskutierte gemeinsam mit Politikern bei öffentlichen Podiumsdiskussionen (vgl. VI. Kap. 4.2.2). Der Intellektuelle griff mit seinen provokanten Äußerungen oftmals Unionspolitiker an. So bezeichnete er Volker Rühe als „ein Skinhead mit Scheitel und Schlips“⁵⁹ oder als „Rambo“⁶⁰. Edmund Stoiber verglich er mit Jörg Haider oder Silvio Berlusconi.⁶¹ Diese Äußerungen wurden in den Medien kontrovers diskutiert und provozierten eine Reaktion von Politikern.⁶² Auch gegenüber SPD-Politikern war Grass kritisch eingestellt. Besondere Aufmerksamkeit bekam er durch seinen Austritt aus der SPD anlässlich des *Asylkompromisses* (vgl. IV. Kap. 4.3.1). 1999 setzte er die Asylpolitik der Bundesregierung mit „ethnischen Säuberungen“⁶³ der Serben in Bezug. Bundesinnenminister Otto Schily wies diese Kritik als „grotesken Unsinn“⁶⁴ zurück. Auch Helmut Lippelt, außenpolitischer Sprecher der SPD, reagierte ablehnend mit folgenden Worten: „Bei allem Respekt für Günter Grass, soweit darf man nicht gehen.“⁶⁵ Angesichts der sich zuspitzenden Flüchtlingskrise 2014 forderte der Intellektuelle eine „Zwangseinquartierung“⁶⁶ von Flüchtlingen wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Die provokanten Äußerungen des Intellektuellen führten zu einer Medi-

59 Moc., Grass und Heym, in: FAZ, 18.12.1991.

60 Dieter Wenz, Der innere Sozialdemokrat rät noch immer zur Es-Pe-De, in: FAZ, 25.11.1999; Heimo Schwillk, Grass' Geisterfahrt durch die deutsche Geschichte, in: Die Welt am Sonntag, 28.11.1999.

61 Dpa / AP, Grass vergleicht Stoiber mit Haider, in: SZ, 05.02.2002.

62 Vgl. dpa, Positionsschelte, in: FAZ, 29.11.1999; DW., CSU kontert Grass-Kritik: „Mieser Blechtrommler“, in: Die Welt, 04.02.2002.

63 O. V., Unterm Strich, in: TAZ, 05.07.1999.

64 O. V., Unterm Strich, in: TAZ, 05.07.1999.

65 O. V., Unterm Strich, in: TAZ, 05.07.1999.

66 Vgl. Edo Reents, Hausmeister, in: FAZ, 28.11.2014, S. 9.

enberichterstattung und zu einer Reaktion der betreffenden Politiker, aber sie erzeugten keinen weiteren Diskurs.

Günter Grass nutzte darüber hinaus seine Prominenz für unzählige Aufrufe, Resolutionen und Lesungen, um sich für eine gerechte Asylpolitik, für Flüchtlingsgruppen und für Einzelpersonen einzusetzen. Noch kurz vor seinem Tod unterschrieb er 2015 angesichts der Flüchtlingskrise den Aufruf *Schutz in Europa* mit mehr als tausend Mitgliedern der PEN-Zentren.⁶⁷ Diese Aktionen erzeugten eine gewisse Medienaufmerksamkeit, aber keine unmittelbare, politische Resonanz. Gleiches gilt für die offenen Briefe, die der Intellektuelle direkt an Politiker in der Öffentlichkeit adressierte. 1993 richtete er sich gemeinsam mit Peter Rühmkorf an Bundespräsident Richard von Weizsäcker und forderten ihn mit Hinblick auf die jüngsten Mordanschläge gegen Ausländer erfolglos auf, das verabschiedete Asylgesetz nicht zu unterschreiben.⁶⁸ Gemeinsam mit Heide Simonis (SPD), Ministerpräsidentin in Schleswig Holstein, veröffentlichte Günter Grass im Januar 2000 einen offenen Brief an Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), nachdem ihre vorherigen Appelle keine Wirkung erzielten.⁶⁹ Der Innenminister entschloss sich laut seinem Sprecher Rainer Lingenthal, nicht öffentlich auf diese Aussagen zu reagieren, denn „der Minister hält nichts von offenen Briefen“⁷⁰ (vgl. IV. Kap. 4.3.2). Im Jahr 2010 bemängelte Günter Grass an Innenminister Thomas de Maiziére (CDU) die deutsche Abschiebep Praxis von Roma aus dem Kosovo.⁷¹ Grass' offene Briefe zur Asylpolitik wurden in der Medienberichterstattung aufgegriffen, stießen aber auf keinen öffentlichen Widerhall bei Politikern.

Günter Grass griff das Thema Asylpolitik auch in seinen Reden auf. Sie fanden unterschiedliche Resonanz in der Presse und bei politischen Akteuren. 1992 wurden die mahnenden Worte des Intellektuellen von Journalisten und Politikern beachtet. Als der Schriftsteller 1997 anlässlich der Verleihung des deutschen Friedenspreises in seiner Laudatio auf Yaşar Kemal die deutsche Asylpolitik vor den anwesenden Poli-

67 PEN-Zentrum Deutschland, 90 Jahre deutscher PEN, „Schutz in Europa“ und die Presse – PEN-Zentrum Deutschland kritisiert Berichterstattung zu Günter Grass, 15.12.2014.

68 Vgl. Günter Grass / Peter Rühmkorf, Offener Brief an den Bundespräsidenten, in: FR, 05.06.1993; Günter Grass, Tagebuch 91–95 zitiert nach: Joachim Kersten, „Ziemlich singuläre Befreundung“. Günter Grass und Peter Rühmkorf, in: Neuhaus / Øhrgaard / Thomsa, Freipass, Band 3, S. 196–231, hier S. 206.

69 Vgl. Diethard Goos, Simonis will Asyl-Härtefallregelung, in: Die Welt, 03.01.2000; Heide Simonis / Günter Grass, Diskussion macht uns ratlos. Offener Brief an Bundesinnenminister Otto Schily, in: Humanistische Union (Hrsg.), Mitteilung Nr. 169, S. 8; Eberhard Seidel, Zivilisation braucht Pflege, in: TAZ, 31.12.1999, S. 5.

70 Shō, Simonis und Grass attackieren Schily, in: Die Welt am Sonntag, 02.01.2000.

71 Dpa, Roma sollen bleiben, in: FAZ, 03.11.2010; dpa / memo., Günter Grass protestiert gegen Abschiebung von Roma, in: Die Welt, 02.11.2010.

kern angriff, eröffnete der Intellektuelle einen vielschichtigen, politischen Diskurs (vgl. IV. Kap. 4.2.3). Grass' Einsatz für die Sinti und Roma in seinen Reden im Jahr 2000 stieß dagegen auf geringen Widerhall. Sein kontinuierliches Engagement führte jedoch dazu, dass er als Sprecher dieser Minderheit wahrgenommen wurde (vgl. IV. Kap. 4.2.4). Als Schriftsteller veröffentlichte er unter dem Titel *Novemberland* zudem Gedichte, in denen er sich dem Thema Ausländerfeindlichkeit widmete.⁷² Diese politische Lyrik wurde in der Presse besprochen, fand aber wenig Resonanz bei Politikern (vgl. auch IV. Kap. 5.2.4). Auf dem Feld der Asylpolitik zeigt sich deutlich, wie sehr seine Rollen als Intellektueller und als Schriftsteller sich verschränkten.

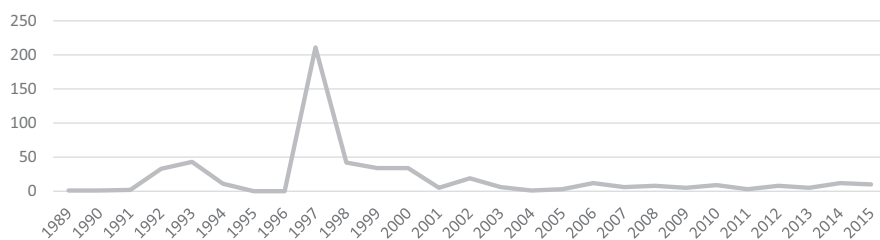


Abbildung 19: Günter Grass' Medienresonanz zum Thema Asylfrage 1989–2015
(Quelle: Eigene Darstellung).

Grass beteiligte sich am Streit um die richtige Asylpolitik kontinuierlich, aber löste lediglich durch die Laudatio auf Kemal einen breiten Diskurs (vgl. Abbildung 19) aus. Sein Beitrag zum Asylkompromiss 1992 sowie sein zivilgesellschaftliches Engagement für die Sinti und Roma sind eine Form von öffentlicher Politikberatung.

4.2.2 Öffentliche Politikberatung zur Asylpolitik (1992 / 1993)

„Der Asylkompromiss, der ein Migrationskompromiss war [...], gehört zu den umstrittensten politischen Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik.“⁷³ Die Sozialdemokratie plante im Dezember 1992, gemeinsam mit Vertretern von Union und FDP, eine Neuregelung mit dem „Ziel: Die Verfahren sollten beschleunigt und ein Asylmissbrauch verhindert werden.“⁷⁴ Dafür galt es, eine Reform des

⁷² Günter Grass, *Novemberland*, in: NGA 1, z. B. Günter Grass, *Die Festung wächst*, in: NGA 1, S. 301.

⁷³ Stefan Luft / Peter Schimany, *Asylpolitik im Wandel*, in: Stefan Luft / Peter Schimany (Hrsg.), *20 Jahre Asylkompromiss, Bilanz und Perspektiven*, Bielefeld 2014, S. 11–29, hier S. 11.

⁷⁴ O. V., *Vor zwanzig Jahren: Einschränkung des Asylrechts*, in: BpB, 24.05.2013.

Grundgesetzartikels Artikel 16 im Bundestag zu verabschieden. „Die wichtigste Neuregelung bestand darin, dass nicht mehr allein der Fluchtgrund, sondern vor allem der Fluchtweg im Mittelpunkt der gesetzlichen Regelung des Asylfahrens stand.“⁷⁵ Diese Grundgesetzänderung führte Anfang der 1990er-Jahre innerhalb der SPD zu einem heftigen Streit und traf auch bei Intellektuellen auf Widerstand. Grass versuchte, durch drei Gespräche in kurzem, zeitlichen Abstand die politischen Akteure zu beraten, nämlich Björn Engholm (1992), Rudolf Scharping (1993) und Regine Hildebrandt (1993).

Günter Grass nutzte Ende 1992 verschiedene öffentliche Veranstaltungen, um den SPD-Parteivorsitzenden Björn Engholm vor einer Änderung des Asylrechts zu warnen. Auf den Festlichkeiten zu seinem 65. Geburtstag in Berlin und in Lübeck thematisierte der Intellektuelle im Oktober 1992 seine Kritik, „ohne eine Diskussion entfesseln zu wollen“⁷⁶. Er forderte von der SPD erstens die Anhebung des Satzes für Entwicklungshilfe auf weit mehr als zwei Prozent, zweitens ein Einwanderungsgesetz und drittens einen menschenwürdigen Aufenthalt für Kriegsflüchtlinge für die Dauer des Krieges. Der Intellektuelle sah die Gefahr, dass die SPD in dieser Frage „durch Spaltung Schaden nehmen“⁷⁷ könne. Er endete mit dem Wunsch: „Auch nach dem bevorstehenden Parteitag möchte ich mich weiterhin als Sozialdemokrat begreifen können. Nimm diesen Wunsch, lieber Björn, bitte mit nach Bonn; es steht auf der Kippe.“⁷⁸ Engholm gab rückblickend zu, dass Grass’ „harsch[er]“⁷⁹ Beitrag ihn „als Gastgeber kraftvoll düpiert“⁸⁰ habe, denn „wenn Sie [...] ausschließliche Grass-Fans vor sich haben, wissen Sie, dass Sie da einen schlechten Stand haben“⁸¹. Anlässlich eines TV-Gespräches am 3. November 1992 hatten beide die Gelegenheit, das Thema „auszudiskutieren“⁸². Es fand kurz vor dem Bundesparteitag der SPD statt und war ein „absolutes Novum“⁸³, denn „es kommt heutzutage nicht gerade häufig vor, dass sich ein Spitzenpolitiker mit einem Intellektuellen, einem Schriftsteller vor laufender Fernsehkamera zusammensetzt, um über zentrale und alle bewegende politische

75 Ursula Münch, Asylpolitik in Deutschland – Akteure, Interessen, Strategien, in: Luft / Schimany, 20 Jahre Asylkompromiss, S. 79–85, hier S. 80; vgl. Patrice G. Poutrus, Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019, S. 179.

76 Grass, Was an die Substanz geht, in: NGA 23, S. 37. Die Eröffnung einer Ausstellung in der Kunsthalle Berlin mit Björn Engholm fand am 13.10.1992 und der Empfang in Lübeck am 19.10.1992 statt. Vgl. Günter Grass, Arbeitskalender 1992, in: GUGS.

77 Grass, Was an die Substanz geht, in: NGA 23, S. 38.

78 Grass, Was an die Substanz geht, in: NGA 22, S. 39.

79 Engholm, Koexistenz zweier Raucher, S. 96.

80 Engholm, Koexistenz zweier Raucher, S. 96.

81 Engholm, Koexistenz zweier Raucher, S. 96.

82 Semler, „Björn, Hände weg vom Asylrecht“, in: NDR, 03.11.1992.

83 Semler, „Björn, Hände weg vom Asylrecht“, in: NDR, 03.11.1992.

Probleme zu diskutieren, ja zu streiten⁸⁴. Es war das letzte öffentliche Gespräch der beiden, bei dem Grass laut späterer Aussage alles gesagt hatte, „was ich über Engholm sagen wollte“⁸⁵. Der Intellektuelle wiederholte dort seine Forderung nach einem Maßnahmenpaket. Er verlangte von der Politik einen modernen Einwanderungsparagrafen, um eine Zuwanderung in „zivilisierte[r] Art und Weise“⁸⁶ zu ermöglichen und später die deutsche Staatsbürgerschaft in Aussicht stellen zu können. Engholm stimmte Grass im Gespräch zu, dass das Individualrecht unangetastet bleiben müsse, aber es sollte rechtlich geregelt werden, wer tatsächlich politisch verfolgt sei. Er vertrat den Standpunkt, dass das Asylrecht durch die Haltung der Rechtskonservativen und durch die große Anzahl an Asylverfahren in Gefahr sei. Der Politiker warb daher für eine Unterscheidung nach Bürgerkriegsflüchtlingen, Aussiedlern und Verfolgten, um das Asylrecht nicht durch die hohe Anzahl der Anträge zu überfordern. Engholm wies den Intellektuellen drauf hin, dass die Politik einen Weg gehen müsse, den das Volk mittrage.⁸⁷ Man war sich einig, dass das „Migrationsproblem ein Dauerthema sei, weit über das Jahrzehnt“⁸⁸ heraus. Günter Grass verfolgte aufmerksam den Bonner Parteitag, der für ihn ein „hohes Niveau hatte“⁸⁹. Er trug die dort beschlossene „Asylwende Björn Engholms“⁹⁰ mit. Als allerdings im Dezember 1992 der von Union und SPD vereinbarte Asylkompromiss öffentlich wurde, stellte der Intellektuelle fest, dass die Beschlüsse des Parteitages nur zu geringem Maße umgesetzt wurden. Grass bezeichnet diese Entscheidung als die „Verhöhnung des SPD-Parteitages“⁹¹, der gerade die „östlichen Nachbarn [...] in öffentliche Bedrängnis“⁹² bringen würde. Seine Beratung als Intellektueller blieb dementsprechend wirkungslos, sodass er infolgedessen aus der Partei austrat (vgl. IV. Kap. 4.3.1).

In zwei weiteren öffentlichen Gesprächen mit Politikern zeigte sich, wie verhärtet 1993 auch die Positionen in Punkto Asylkompromiss waren und eine sachliche Auseinandersetzung verhinderten. In einem Streitgespräch mit Regine Hildebrandt am 12. Februar 1993 verteidigte die Politikerin die Vereinbarung als notwendig und „erträglich“⁹³. Sie wies Grass darauf hin, dass verschiedene Interpretationsarten des

84 Semler, „Björn, Hände weg vom Asylrecht“, in: NDR, 03.11.1992. Der außerordentliche Bundesparteitag fand am 16./17.11.1992 in Bonn statt.

85 Günter Grass, Brief an Stefan Appelius, 28.04.1994, in: AdK, GGA, Signatur 1456.

86 Semler, „Björn, Hände weg vom Asylrecht“, in: NDR, 03.11.1992.

87 Semler, „Björn, Hände weg vom Asylrecht“, in: NDR, 03.11.1992.

88 Semler, „Björn, Hände weg vom Asylrecht“, in: NDR, 03.11.1992.

89 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 10.

90 Burchard / Knobbe, Björn Engholm, S. 288; vgl. Günter Grass, Brief an Hans-Jochen Vogel, 14.01.1993, in: AdK, GGA, Signatur 14582.

91 Grass / Hildebrandt, Schaden begrenzen oder auf die Füße treten, S. 7.

92 Grass / Hildebrandt, Schaden begrenzen oder auf die Füße treten, S. 7.

93 Grass / Hildebrandt, Schaden begrenzen oder auf die Füße treten, S. 9.

Beschlusses möglich seien.⁹⁴ Der Intellektuelle schlussfolgerte: „Also hier steht Meinung gegen Meinung, und ich glaube nicht, daß man das ausräumen kann.“⁹⁵ Auch ein halbes Jahr später waren die politischen Haltungen unverändert. Dies zeigte eine von dem Bissinger angeregte Diskussion am 17. September 1993 über das Thema *SPD-Anpassung oder Alternative?*.⁹⁶ Über „den Zustand und die Perspektive der SPD vor dem Wahljahr 1994“⁹⁷ diskutierten die Politiker Peter Glotz, Oskar Lafontaine, Rudolf Scharping und Günter Verheugen mit den Intellektuellen Jürgen Flimm, Günter Grass, Rolf Schneider und Roger Willemssen. Als erster Punkt wurde Grass' Austritt thematisiert. Der Intellektuelle bekundete: „Ich hab' das nicht gern getan, für mich war das wie ein Bruch in der eigenen Biographie.“⁹⁸ Scharping wertete als neuer SPD-Parteivorsitzender diesen Schritt „nicht nur [als] ein[en] Vorgang zwischen einer Partei und einer Person, sondern nach meinem Empfinden ein Symptom. Darüber zu reden im Ton wechselseitiger Enttäuschungen ist aber nicht sonderlich fruchtbar.“⁹⁹ Er wies weiterhin darauf hin, dass „die politische Debatte in Deutschland [...] von einem eklatanten Mangel an öffentlichem Diskurs über die Zukunft dieses Landes geprägt [sei] und von einem ebenso eklatanten Mangel an Orientierung“¹⁰⁰. Er forderte die Intellektuellen auf, im Dialog „gemeinsam die Frage [zu] erörtern“¹⁰¹. Grass entgegnete, dass „in der Zeit danach wenig geschehen [sei], was meine Meinung hätte ändern können“¹⁰². Scharping wies daraufhin, dass die SPD als Oppositionspartei im Bundestag „nicht gestalten kann“¹⁰³, sodass die Erwartung, „daß sie diesen gesellschaftlichen Konflikt auf völlig vertretbare politische Weise auflöst, [...] eine Überforderung“¹⁰⁴ darstelle. Die Politiker betonten zudem, welche Ängste das Thema Zuwanderung in der Bevölkerung auslöse und ein anderer Staatsbürgerschaftsbegriff kein Publikum fände.¹⁰⁵ Peter Glotz gab zu bedenken, dass „es in der SPD selbst einen wilden Streit“¹⁰⁶ über das Einwanderungsgesetz gäbe. Es zeigte sich in dieser Diskussionsrunde „wie ext-

94 Vgl. Grass / Hildebrandt, Schaden begrenzen oder auf die Füße treten, S. 10.

95 Grass / Hildebrandt, Schaden begrenzen oder auf die Füße treten, S. 11.

96 Vgl. Manfred Bissinger, 02.06.2020. Das Gespräch wurde in *Die Woche* am 07.10.1993 erstmalig abgedruckt.

97 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 7.

98 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 10.

99 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 12.

100 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 12.

101 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 13.

102 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 10.

103 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 43.

104 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 43.

105 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 27f und S. 34f.

106 Bissinger / Jörges, SPD – Anpassung oder Alternative?, S. 35.

rem aufgeladen, emotional aufgeladen und politisch heiß umstritten das Thema war.¹⁰⁷

Rudolf Scharping konstatierte rückblickend, dass die „Idee [für ein derartiges Gespräch] gut [war], wie es dann realisiert wurde konzeptionell, da hatte ich, wie soll man sagen, Bauchschmerzen“¹⁰⁸. Seine Interventionen hinsichtlich der daraus resultierenden, sozialen Probleme hätten „in dem Gespräch fast keine Rolle gespielt. Da ist auch niemand, weder auf der Seite von Grass und sonst jemand, darauf eingegangen.“¹⁰⁹ Das Gespräch wirkte beim Parteivorsitzenden nach, wie ein im Anschluss verfasster Brief an Günter Grass belegte. Darin stellte er fest, „daß wir zwar relativ lange über die Asyl- und Zuwanderungsproblematik gesprochen haben, gleichwohl wir wesentliche Aspekte nur flüchtig angetippt haben“¹¹⁰. Aus diesem Grund sendete der Politiker einen Zeitungsbeitrag mit, um „in umfassender Weise [s]eine Sichtweise [zu] verdeutlich[en]“¹¹¹. Scharping betonte, dass er die Position von Günter Grass und anderen Intellektuellen grundsätzlich nachvollziehen konnte, auch wenn er sie nicht teilte. Rückblickend begründete der Politiker seine Motivation für den Brief damit, dass es ihm „persönlich wichtig [war], die Gesprächsfähigkeit aufrechtzuhalten, selbst bei schwierigen Themen und unterschiedlichen Standpunkten innerhalb dieser Themen“¹¹². Er hoffte auf eine weitere „Gelegenheit für einen Meinungsaustausch“¹¹³, um den Austausch mit dem Intellektuellen „auf jeden Fall fort[zusetzen], notfalls länger. Deswegen wollte ich Grass auch sehr deutlich signalisieren, für mich ist das kein Event, der einmal stattfindet, sondern ein Prozess“¹¹⁴. Das Gesprächsangebot des Parteivorsitzenden fand allerdings keinen Widerhall bei dem Intellektuellen. Grass empfand es als skandalös, dass „die Abschiebep Praxis zur Alltäglichkeit geworden“¹¹⁵ war und kritisierte weiterhin die SPD, die dies „sprachlos hingenommen“¹¹⁶ habe. Aus diesem Grund erteilte er Scharping für eine gemeinsame Reise nach Polen (vgl. IV. Kap. 6.3.1) eine Absage, da er dort seine politische Haltung mit Hinblick auf „den deutsch-polnischen Abschiebevertrag“¹¹⁷ thematisieren müsse.

107 Rudolf Scharping, 29.05.2020.

108 Rudolf Scharping, 29.05.2020.

109 Rudolf Scharping, 29.05.2020.

110 Rudolf Scharping, Brief an Günter Grass, 09.10.1993, in: AdK, GGA, Signatur 12511.

111 Rudolf Scharping, Brief an Günter Grass, 09.10.1993, in: AdK, GGA, Signatur 12511.

112 Rudolf Scharping, 29.05.2020.

113 Rudolf Scharping, Brief an Günter Grass, 09.10.1993, in: AdK, GGA, Signatur 12511.

114 Rudolf Scharping, 29.05.2020.

115 Günter Grass, Brief an Rudolf Scharping, 27.04.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14306.

116 Günter Grass, Brief an Rudolf Scharping, 27.04.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14306.

117 Günter Grass, Brief an Rudolf Scharping, 27.04.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14306; vgl. Günter Grass, Vom Überspringen der Grenzen, in: NGA 23, S. 72f.

Die öffentlichen Gespräche mit Politikern demonstrieren, dass die Asylpolitik zu einer Spaltung innerhalb der SPD führte, die sich auch im Verhältnis zu Intellektuellen niederschlug. Die Bemühungen von Björn Engholm und Rudolf Scharping, zu einem klärenden Gespräch beizutragen, fanden keine Resonanz bei Günter Grass. Er vermisste faktische Änderungen und rückte daher von seiner Position nicht ab. Während die politischen Akteure angesichts der Stimmung in der Bevölkerung einen Kompromiss suchten, verharrte der Intellektuelle bei seiner idealen Grundüberzeugung. Der dadurch bedingte, ausbleibende Dialog hatte nachhaltige Folgen, wie der Parteiaustritt belegt (vgl. IV. Kap. 4.3.1). Nach der Gesetzesänderung „versiegten bald die Solidaritätsbekundungen auf der Straße und parallel dazu die Diskussion in der Öffentlichkeit“¹¹⁸ und man wandte sich anderen Themen zu.

4.2.3 Laudatio auf Yaşar Kemal als Diskursanstoß (1997)

„Die wachsende Teilnahmslosigkeit gegenüber dem Schicksal der Fremden und das Desinteresse an den Widersprüchen der deutschen Asylpolitik sowohl in politischen als auch in intellektuellen Kreisen wurde kurz, aber heftig unterbrochen durch Günter Grass' Laudatio auf den Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels Yaşar Kemal“¹¹⁹. Die Auswahl des Redners war „ein persönliche[r] Wunsch des türkischen Autors“¹²⁰ und erzeugte bei Bekanntgabe bereits eine Vorberichterstattung (10 Artikel). Der Diskurs selbst begann am 20. Oktober 1997 mit der Preisverleihung. Grass entfachte mit wenigen politischen Sätzen in seiner Laudatio einen regelrechten Medienskandal (236 Zeitungsartikeln), der zwei Wochen lang in der Gesellschaft und der Politik für Aufregung sorgte (vgl. Abbildung 20).¹²¹

118 Christian Große-Rüschkamp, *Kirchenasyl zwischen repressiver Asylpolitik und solidarischer Flüchtlingsarbeit*, München 1999, S. 19.

119 Große-Rüschkamp, *Kirchenasyl*, S. 19.

120 Börsenverein des deutschen Buchhandels, „Günter Grass hält Laudatio auf Friedenspreisträger“, Pressemitteilung vom 07.07.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis; vgl. Tilda Kemal, Brief an Cornelia Schmidt-Braul, 23.6.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

121 Vgl. Bissinger, *Zeit, sich einzumischen* (ab jetzt abgekürzt als Sigle: Kemal-Dok.); Joanna Jabłkowska, *Zwischen Tabuisierung und deren Überwindung. Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels*, in: Harmut Eggert / Janusz Golec (Hrsg.), *Tabu und Tabubruch. Literarische und sprachliche Strategien im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2002, S. 25–42; Sigrid Luchtenberg, *Zum Umgang mit „Störfällen“ im Migrationsdiskurs*, in: Thomas Niehr / Karin Böke (Hrsg.), *Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien*, Wiesbaden 2000, S. 71–92.

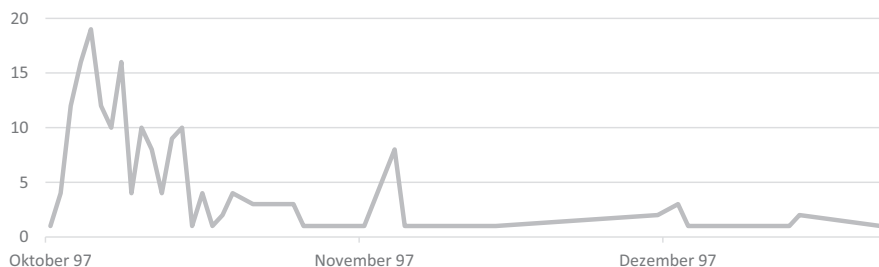


Abbildung 20: Günter Grass' Diskursanstoß durch die Kemal-Laudatio (10/1997–01/1998)
(Quelle: Eigene Darstellung).

Der Auslöser für den Diskurs waren zwei politischen Aussagen Günter Grass'. Der Intellektuelle konstatierte erstens, es ergäbe sich ein „latente[r] Fremdenhaß, bürokratisch verklausuliert, aus der Abschiebep Praxis“¹²² in Deutschland. Er kam zu dem Schluss, dass es eine „in der Tendenz fremdenfeindliche Politik“¹²³ hierzulande gäbe. Grass gab den Anwesenden eine Mitschuld, da „wir alle untätige Zeugen einer abermaligen, diesmal demokratisch abgesicherten Barbarei sind“¹²⁴. Schuld seien Politiker, wie Innenminister Manfred Kanther (CDU) und Edmund Stoiber (CSU), deren „Härte bei rechtsradikalen Schlägerkolonnen ihr Echo“¹²⁵ fänden. Grass kritisierte zweitens die deutsche Beteiligung am „Vernichtungskrieg“¹²⁶ gegen Kurden durch ihre Waffenexporte in die Türkei. „Wir wurden und sind Mittäter. Wir duldeten ein so schnelles wie schmutziges Geschäft. Ich schäme mich meines zum bloßen Wirtschaftsstandort verkommenen Landes, dessen Regierung todbringenden Handel zulässt und zudem den verfolgten Kurden das Recht auf Asyl verweigert.“¹²⁷ Diese Aussagen waren inhaltlich nicht neu, denn Grass kritisierte bereits in den vergangenen Jahren in vergleichbarem Wortlaut die deutsche Asylpolitik und die Türkei.¹²⁸ Auch Yaşar Kemal äußerte sich im Vorfeld ähnlich.¹²⁹ Bei der Preisverleihung hielt der Preisträger sich aufgrund der juristischen Verfolgung in der Türkei mit derarti-

122 Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 207.

123 Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 209.

124 Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 207.

125 Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 207.

126 Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 210.

127 Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 210.

128 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 43; o. V., Aufruf für türkische Flüchtlinge, in: TAZ, 03.11.1989; Hans Monath, „Die Zeit ist reif“, in: TAZ, 31.03.1995; Jürgen Gottschlich, Istanbulerselbstanzeigen, in: TAZ, 14.03.1997.

129 Vgl. hp./KvN., Jahrmarkt der Bücher mit Solti-Witwe und Kremelchef in spe, in: Die Welt am Sonntag, 19.10.1997; FAZ, Türkischer Autor kritisiert die Deutschen, in: FAZ, 19.10.1997.

gen politischen Aussagen zurück, obwohl ein Statement „an die Adresse der neuen türkischen Regierung, aber auch die der demokratischen europäischen Staaten“¹³⁰ von ihm erwartet wurden.¹³¹ Kemal überließ bewusst „die Bühne Günter Grass“¹³², der stellvertretend die Gelegenheit nutzte.

Es gab fünf Gründe, warum Grass' mit diesen Sätzen, „von denen vielleicht nur zwei scharf gewesen sind“¹³³, diesmal einen Diskurs eröffnete und eine politische Resonanz erzielte. Die Preisverleihung fand erstens an einem geschichtsträchtigen Ort, nämlich der Frankfurter Paulskirche, statt, die mit den „Gedanken der Republik, Demokratie und Menschenrechte“¹³⁴ automatisch verknüpft wird. Grass, „der sich immer schon quer zum Pathos von leeren Lobreden stellte, betonte [...] nicht die demokratische Tradition, sondern die Niederlage der Demokratie“¹³⁵ in seiner Rede.¹³⁶ Während der Börsenverein des Buchhandels jährlich Personen auszeichnet, die „in hervorragendem Maße [...] zur Verwirklichung des Friedensgedankens beigetragen“¹³⁷ haben, wies der Intellektuelle zudem auf Deutschlands Beitrag zur Verlängerung des Bürgerkrieges hin. Er verknüpfte zweitens das innenpolitische Thema Asyl mit dem außenpolitischen Konflikt in der Türkei, was unüblich war.¹³⁸ Grass provozierte drittens durch seine Wortwahl, in dem er seine moralische Haltung durch das Wort *Scham* ausdrückte und der Gesellschaft als *Mittäterschaft* die Verantwortung zuwies. Er verglich dieses Verhalten mit der Zeit des Nationalsozialismus durch den Begriff *Barbarei*. Dies stellte ein „sprachlicher Tabubruch“¹³⁹ dar, da er auf die seit Jahren überwunden geglaubte „Tradition und [...] Latenz dieses Fremdenhasses“¹⁴⁰ hinwies. Der Intellektuelle adressierte viertens als eine Form der öffentlichen Politikberatung seine Rede direkt an die anwesenden, hochrangigen Politiker, wie dem türkischen Kulturminister İsmihan Talay, dem ehemaligen

130 E. H., ohne Titel, in: SZ, 18.10.1997.

131 Der Schriftsteller stand aufgrund eines Artikels in *Der Spiegel* in Istanbul vor Gericht. Vgl. Osman Okkan, 21.05.2020; Gerhard Kurtze, Brief an Burkhard Hirsch, 14.03.1996, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis; Yaşar Kemal, Feldzug der Lügen, in: *Der Spiegel*, 09.01.1995; o. V., Feldzug gegen Yaşar Kemal, in: *Der Spiegel*, 18.02.1996.

132 Osman Okkan, 21.05.2020.

133 Jabłkowska, Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, S. 39.

134 Luchtenberg, Zum Umgang mit „Störfällen“, S. 88; vgl. Jabłkowska, Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, S. 27.

135 Jabłkowska, Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, S. 37.

136 Vgl. Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 197.

137 Börsenverein des deutschen Buchhandels, Pressemitteilung „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1997 an Yaşar Kemal“, 15.05.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

138 Große-Rüschkamp, Kirchenasyl, S. 24.

139 Vgl. Jabłkowska, Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, S. 39–40.

140 Jabłkowska, Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, S. 39.

Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) oder Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Norbert Blüm (CDU). Auch Vertreter der Oppositionsparteien, wie Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine (SPD) oder Joseph Fischer und Cem Özdemir (Die Grünen) waren anwesend. Die Rede wurde im Fernsehen übertragen, sodass ihm darüber hinaus eine Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit garantiert war.¹⁴¹ Der Diskurs wurde fünftens durch eine direkte Reaktion von CDU-Generalsekretär Peter Hintze (CDU) erweitert.¹⁴² Da die Veranstaltung am Wochenende stattfand, berichteten „die Medien nicht nur über die Reden selbst, sondern auch über die Reaktionen der Bonner Regierung und der Parteien [...], die das Interesse an den beiden Reden entsprechend erhöht haben“¹⁴³. Diese verschiedenen Gründe führten 1997 zu einem breiten, politischen Diskurs anstatt, dass man wie sonst schnell „zur Tagesordnung übergegangen wäre“¹⁴⁴.

Grass beobachtete genau, wie die anwesenden Politiker vor Ort reagierten. Er berichtete, wie das „schöne ewige Lächeln von Rita Süßmuth zu erfrieren“¹⁴⁵ begann, „wie Blüm, der geneigt [war], an einigen Stellen zu klatschen“¹⁴⁶ oder Bundespräsident Richard von Weizsäcker deutlich nickte. Die Reaktionen bereiteten ihm „kleine politische Glücksgefühle“¹⁴⁷. Bundestagspräsidentin Süßmuth (CDU) applaudierte höflich nach der Rede in der ersten Reihe, während der türkische Kulturminister İsmihan Talay erst bei Kemal klatschte.¹⁴⁸ Der Applaus der anwesenden Politiker wurde von Lesern kritisiert.¹⁴⁹ Süßmuth betont retrospektiv, dass sie mit dieser Geste die Leistung des Intellektuellen anerkennen wollte. Derartige Äußerungen seien wichtig für einen Dialog, die „braucht ein Volk, ob wir [...] zustimmen oder nicht, das ist nicht das Wichtigste, sondern, dass sie etwas in den Gang

141 Vgl. Cornelia Schmidt-Braul, Aktennotiz, 23.06.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis; o. V., Aktennotiz zur Fernsehübertragung, 20.10.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis; vgl. Luchtenberg, Zum Umgang mit „Störfällen“ im Migrationsdiskurs, S. 88.

142 Vgl. Große-Rüschkamp, Kirchenasyl, S. 23.

143 Vgl. Luchtenberg, Zum Umgang mit „Störfällen“, S. 89.

144 Große-Rüschkamp, Kirchenasyl, S. 23.

145 Mathias Greffrath, Gespräch mit Günter Grass, in: Radio Kultur ORB / SFB, 07.12.1997, in: Kemal-Doku., S. 80.

146 Greffrath, Gespräch mit Günter Grass, in: Kemal-Doku., S. 80.

147 Greffrath, Gespräch mit Günter Grass, in: Kemal-Doku., S. 80.

148 Vgl. J.K., Streit der Deutschen um Grass und Ausländer, in: Die Welt am Sonntag, 26.10.1997; Wolfgang Günter Lerch, Ein kultureller Ritterschlag, in: FAZ, 21.10.1997.

149 Heiner E. Kappel, Keine Zivilcourage, in: FAZ, 22.10.1997; vgl. Dieter Walter, Leserbrief, in: SZ, 30.10.1997.

setzen in den Köpfen.“¹⁵⁰ Die Laudatio rief aber nicht nur unmittelbar Reaktionen der Politiker vor Ort hervor, sondern stieß in der Öffentlichkeit zwei Diskursstränge an: Das innenpolitische Thema Asyl und die deutschen Waffenlieferungen in die Türkei. Der historische Diskursstrang, mit dem Grass in der Türkei den systematischen Völkermord in Armenien anklagte und den Umgang mit Minderheiten mit den Verbrechen der Nationalsozialisten verglich, wurde im Diskurs dagegen nicht aufgegriffen.¹⁵¹ Darüber hinaus wurde ein weiterer Diskursstrang durch die Reaktion von Hintze eröffnet, der die Rolle von Intellektuellen infrage stellte. Der Diskurs war geprägt von zwei divergierenden Diskurskoalitionen, nämlich der konservativ-liberalen Sichtweise der Regierung und der rot-grünen Opposition, die um die Deutungshoheit in der Asylpolitik kämpften.

Die konservative Diskurskoalition führte Hintze an, der in einer Pressemitteilung Günter Grass direkt widersprach.¹⁵² Es folgte eine offizielle Stellungnahme von Regierungssprecher Peter Hausmann.¹⁵³ Selbst Bundeskanzler Helmut Kohl äußerte sich indirekt zu Günter Grass, indem er auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Magdeburg sagte, da habe sich jemand aber „gewaltig aufgeblasen“¹⁵⁴. Auch Fachexperten, wie die Ausländerbeauftragte der Regierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), Eduard Lintner (CSU) als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenministerium oder Wolfgang Zeitlmann (CSU), Vorsitzender des Arbeitskreises für Recht der Unionsfraktion, meldeten sich zu Wort.¹⁵⁵ Der Diskurs fand nicht nur in der Bundes- sondern auch in der Landespolitik statt, die zuständig für die Umsetzung des Asylrechts ist.¹⁵⁶ Es äußerten sich beispielsweise die Ministerpräsidenten Erwin Teufel (CDU) oder Kurt Biedenkopf (CDU).¹⁵⁷ Mehrere Politiker der Union verfolgten die Diskursstrategie, Günter Grass direkt zu Beginn der Auseinandersetzung als nicht legitimen Sprecher darzustellen, um vom Sachthema abzulenken. An erster Stelle

150 Rita Süßmuth, 19.11.2020.

151 Beispielsweise in einem Leserbrief: Dieter Walter, Leserbrief, in: SZ, 30.10.1997.

152 Vgl. CDU, Pressemitteilung, 19.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 34; Jörg Magenau, Drei Christen adeln Günter Grass, in: TAZ, 21.10.1997.

153 Dpa, Bundesregierung weist Grass-Kritik an Ausländerpolitik zurück“, 19.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 34.

154 Dpa, Kohl kritisiert Grass, 26.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 70.

155 AP / dpa, Ausländerbeauftragte zeigt Verständnis für Grass, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 49; dpa, „Unentschuld bare Entgleisung“ von Grass, in: SZ, 21.10.1997.

156 Vgl. Münch, Asylpolitik in Deutschland, S. 71.

157 Vgl. Reinhold Michels, Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel „Grass hat auch die deutsche Justiz diffamiert“, in: Rheinische Post, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 5; o. V., Neue Töne aus Koalition zu Grass, in: Die Welt, 22.10.1997; o. V., Zitat des Tages, in: Dresdner Neuste Nachrichten, 25.1.1997, in: Kemal-Dok., S. 67; J.K., Streit der Deutschen um Grass und Ausländer, in: Die Welt am Sonntag, 26.10.1997.

sprach Hintze vom „intellektuellen Tiefstand eines Schriftstellers“¹⁵⁸, der sich „aus dem Kreis ernstzunehmender Literaten verabschiedet“¹⁵⁹ habe. In ähnlicher Weise sahen Teufel und Hausmann die Reputation des Intellektuellen beschädigt.¹⁶⁰ „Nicht, ob die von Grass aufgeworfenen Probleme ernstzunehmend seien, hieß von nun an die umstrittene Frage, sondern ob Grass oder Hintze in ihrer Funktion als öffentliche Disputanten ernstzunehmen seien.“¹⁶¹ Diese Meinung teilten auch viele Medienvertreter und einige Kunschtchaffende (vgl. Tabelle 30).¹⁶² Neben dieser stark normativ geprägten Debatte über die Rolle des Intellektuellen wurde nachgeordnet eine sachliche Gegenargumentation geführt. Die Politiker der Regierungsparteien widersprachen Grass darin, dass Deutschland ein fremdenfeindliches Land sei, da einerseits rechtsradikale Ausschreitungen abgenommen hätten (Erwin Teufel) und andererseits das Land mehr Flüchtlinge aufnehmen würde als andere (Peter Hintze, Peter Hausmann, Eduard Lintner). Zudem gäbe es hierzulande die „liberalste Asylgesetzgebung in der Welt“¹⁶³. Abschiebungen würden durch die Justiz überprüft (Erwin Teufel / Schmalz-Jacobsen).¹⁶⁴ Eine Verfolgung in der Türkei sei nach Überprüfung von hundert Einzelfällen „nicht belegbar“¹⁶⁵. Lintner rechtfertigte als einziger Politiker die Waffenexporte in die Türkei mit dem Hinweis auf die Nato-Mitgliedschaft.¹⁶⁶

In der Öffentlichkeit stimmte eine große Mehrheit dagegen Günter Grass zu. Es bildete sich eine Diskurskoalition bestehend aus SPD- und Grünen-Politikern, Vertretern der Gesellschaft, Intellektuellen und der Bevölkerung (vgl. Tabelle 31). Führende Oppositionspolitiker unterstützten Grass, wie der SPD-Parteivorsitzende und saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, Bundestagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose (SPD), Kerstin Müller, Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion und

158 CDU, Pressemitteilung, 19.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 34; vgl. dpa, „Hintze bekräftigt Kritik an Grass – Friedenspreis beschädigt, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 40.

159 CDU, Pressemitteilung, 19.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 34.

160 Vgl. Reinhold Michels, Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel „Grass hat auch die deutsche Justiz diffamiert“, in: Rheinische Post, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 51; dpa, Bundesregierung weist Grass-Kritik an Ausländerpolitik zurück“, 19.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 34.

161 Ralf Schnell, Kunst, Geist und Macht, in: Winfried Menninghaus / Klaus R. Scherpe (Hrsg.), Literaturwissenschaft und politische Kultur. Für Eberhard Lämmert zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1999, S. 290–300, hier S. 294.

162 Vgl. Rudolf Augstein, Dichters Scham, in: Der Spiegel, 17.10.1997; o. V., Löwengebrüll oder Katzengejammer? In: Die Woche, 14.11.1997, in: Kemal-Dok., S. 77; o. V., Intellektuelle, rührt euch, Die Woche, 07.11.1997, in: Kemal-Dok., S. 74.

163 Reinhold Michels, Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel „Grass hat auch die deutsche Justiz diffamiert“, in: Rheinische Post, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 51.

164 AP / TAZ, Koalitionspolitiker stützen Grass, in: TAZ, 22.10.1997.

165 Saarländischen Rundfunks, Pressemitteilung, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 37.

166 Saarländischen Rundfunks, Pressemitteilung, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 37.

Tabelle 30: Liberal-konservativer Gegendiskurs zu Grass' Kemal-Laudatio.

Diskursebenen		Türkei	Asyl	Intellektuelle
Politik 1. Ordnung	CDU/CSU	Eduard Lintner	Peter Hausmann Hausmann Peter Hintze Franz Josef Jung Erwin Teufel Wolfgang Zeitlmann Eduard Lintner Peter Gauweiler	Peter Hausmann Peter Hintze Helmut Kohl Erwin Teufel
	FDP		Heiner Kappel Cornelia Schmalz-Jacobsen	Cornelia Schmalz-Jacobsen
	Wissenschaft	Alfred Grosser, Moral-Philosoph Faruk Sen, Türkeistudien	Alfred Grosser, Faruk Sen Erwin Scheuch, Soziologe	Faruk Sen
	Kultur	Peter Schneider	Christoph Hein	Matthias Altenburg, Maxim Biller, Eva Damski Dagmar Leupold Walter Jens Joseph von Westphalen
	Gesellschaft	Peter Steinacker, ev. Kirchenpräsident		
Medien 3. Ordnung	Medien- vertreter		Wolfgang Günther Lerch Thomas Schmid, TAZ	Joachim Neander, Die Welt Volker Zastrow, FAZ Rainer Zintelmann, Die Welt Paul Ingendaay, FAZ Rudolf Augstein, Der Spiegel Thomas Schmidt, TAZ Gunter Hofmann, Die Zeit Dieter Buhl, Die Zeit Thomas Assheuer, Die Zeit Kurt Scheel, TAZ Peter Michalzik, SZ

Tabelle 31: Rot-grüne Diskurskoalition zugunsten von Grass' Kemal-Laudatio.

Diskursebenen		Kurdenkrieg	Asylpolitik	Intellektuelle
Politik 1. Ordnung	SPD	Oskar Lafontaine Heide Simonis Hans-Ulrich Klose Egon Bahr	Oskar Lafontaine Egon Bahr	Oskar Lafontaine Heide Simonis Hans-Ulrich Klose Egon Bahr Herta Däubler-Gmelin Regine Marquard
	Grünen	Kerstin Müller Volker Beck Cem Özdemir	Volker Beck Cem Özdemir Rupert von Plottnitz Riza Baran	Kerstin Müller Volker Beck Cem Özdemir Rupert von Plottnitz Riza Baran Angelika Köster-Loßback
	CDU/CSU	Heiner Geißler	Heiner Geißler	Petra Roth, OB Frankfurt Peter Gauweiler Roman Herzog
	FDP	Burkhard Hirsch	Burkhard Hirsch Cornelia Schmalz-Jacobsen	Burkhard Hirsch
	PDS			Gregor Gysi
Gesellschaft 2. Ordnung	Wissenschaft	Faruk Sen	Faruk Sen	Silvia Gross, Theologin
	Kultur	Yaşar Kemal Gerhard Kurtze Günter Wallraff PEN-Zentrum Dagmar Leupold Erich Loest	Yaşar Kemal Gerhard Kurtze, Börsenverein Günter Wallraff PEN-Zentrum Christoph Hein, Friedrich Schorlemmer Christa Wolf	Ingrid Bachér Matthias Beltz Fred Breinersdorfer Thomas Brussig Martin Buchholz Lisa Fitz Peter Härtling Leander Haußmann Christoph Hein Dieter Hildebrandt Hilmar Hoffmann Yaşar Kemal Erich Loest Christian Meier Peter Rühmkorf Friedrich Schorlemmer

Tabelle 31 (fortgesetzt)

Diskursebenen		Kurdenkrieg	Asylpolitik	Intellektuelle
				Günter Wallraff Christa Wolf Gerhard Kurtze Aktion für mehr Demokratie
Gesellschaft		Albrecht Bausch	Ignatz Bubis Günter Burkhardt Hakki Keskin Elsa Fredmüller	Andreas Nachama Harald Butterweck Hakki Keskin
Medien	Medienvertreter	Taud, TAZ	Jörg Magenau, TAZ	taud, TAZ
3. Ordnung		Jörg Magenau, TAZ	Heribert Prantl, SZ	Jörg Magenau, TAZ
		Heribert Prantl, SZ	Michael Lüders, Die Zeit	Heribert Prantl, SZ
		Peter Buschka, SZ	Peter Buschka, SZ	Peter Buschka, SZ
		Vera Gaserow, TAZ	Vera Gaserow, TAZ	Vera Gaserow, TAZ
		Friedrich Küppersbusch, TAZ	Friedrich Küppersbusch, TAZ	Friedrich Küppersbusch, TAZ
		Eberhard Seidel-Pielen; TAZ	Eberhard Seidel-Pielen; TAZ	Sigrid Löffler, Die Zeit
				Michael Lüders, Die Zeit
				Gunter Hofmann, Die Zeit
				Micha Brumlik, TAZ
				Wolfgang Günther Lerch, FAZ

Cem Özdemir (Die Grünen).¹⁶⁷ Bestätigung erhielt Grass auch von Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) oder dem Hessischen Justizminister Rupert von Plottnitz (Die Grünen). Bemerkenswerterweise äußerten sich auch Heiner Geißler als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundestagsvizepräsident Burckhard Hirsch (FDP) und die Ausländerbeauftragte Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) zustimmend.¹⁶⁸ Gesellschaftsvertreter, Intellektuelle, Künstler sowie viele Leser nahmen ebenfalls Stellung. Diese allgemeine Zustimmung zeigt sich auch in Anzeigen mit dem Titel „Das war überfällig! Günter Grass hat uns mit sei-

¹⁶⁷ Vgl. ff., Geteiltes Echo auf Vorwürfe von Grass, in: FAZ, 21.10.1997; Markus Franz, „Günter Grass hat Gutes getan“, in: TAZ, 21.10.1997; Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Pressemitteilung, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 37.

¹⁶⁸ Vgl. AP / TAZ, Koalitionspolitiker stützen Grass, in: TAZ, 22.10.1997; Dirk Baller, CDU-Geißler gibt Grass in der Sache recht, in: B.Z., 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 46–67; Frank Seibel, „Wer jetzt schreit, fühlt sich getroffen“, in: Sächsische Zeitung, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 52–53.

ner Kritik an der deutschen Abschiebep Praxis und an Waffenlieferungen in die Türkei aus der Seele gesprochen“¹⁶⁹. Dagegen teilten nur wenige Medienvertreter die Problemsicht des Schriftstellers.

Die sich bildende rot-grüne Diskurskoalition entstand hinsichtlich der Asylpolitik und forderte einen kurzfristigen Abschiebestopp. Eine gesetzliche Änderung sahen mehrere Politiker parteiübergreifend als notwendig an, denn sie teilten Grass' Kritik an der „undemokratisch[en]“¹⁷⁰ Abschiebep Praxis. Für Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) war ein fehlendes, klares Konzept der Regierung die Ursache für die Fremdenfeindlichkeit.¹⁷¹ Diese verfolge, wie Michael Lüders es formulierte, eine „bewußte Nichtpolitik“¹⁷². Viele Diskursvertreter werteten die Behandlung von Ausländern als Bürger zweiter Klasse (Cem Özdemir) als Zeichen für deren soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung.¹⁷³ Heribert Prantl sprach sogar von einem Dreiklassenrecht, da Türken an der untersten Stufe nach Deutschen und Europäern stehen würden.¹⁷⁴ Das Ziel der Diskurskoalition war es, eine Integration von Ausländern durch eine Veränderung der politischen Kultur in Deutschland zu erreichen.¹⁷⁵ Dies sollte durch ein Konzept zur Integration von Ausländern und eine doppelte Staatsbürgerschaft, wie es in Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden schon üblich ist, ermöglicht werden. Zudem gelte es, eine europäische Flüchtlingspolitik (Burkhard Hirsch, FDP) und eine deutsch-türkische Kommission als Überwachung (Heiner Geißler, CDU) zu etablieren. Adressiert wurden diese Forderungen an Helmut Kohl, der die Widerstände der CSU für eine Reform brechen sollte, sowie an den Bundestag.¹⁷⁶

Die Mehrheit der politischen Öffentlichkeit, darunter auch Vertreter der Regierungsparteien wie Heiner Geißler (CDU) oder Burkhard Hirsch (FDP), stimmte

169 O. V., „Das war überfällig! Günter Grass hat uns mit seiner Kritik an der deutschen Abschiebep Praxis und an Waffenlieferungen in die Türkei aus der Seele gesprochen, in: Frankfurter Rundschau, 29.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 73; vgl. Aktion für mehr Demokratie, „Solidarität mit Günter Grass“, 22.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 62.

170 Riza Baran, taz LeserInnenbriefe, in: TAZ, 28.10.1997.

171 AP / dpa, Ausländerbeauftragte zeigt Verständnis für Grass, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 49.

172 Michael Lüders, Üble Heuchelei, in: Die Zeit, 24.10.1997.

173 Gerhard Kurtze, Begrüßung, in: Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Hrsg.), Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1997: Yaşar Kemal. Ansprachen aus Anlass der Verleihung, S. 9–13, hier S. 11.

174 Hp / KvN, Jahrmarkt der Bücher mit Solti-Witwe und Kremelchef in spe, in: Die Welt am Sonntag, 19.10.1997.

175 Susanne Geiger, „Grass mischt sich ein – das brauchen wir, in: Abendzeitung, 21.10.97, in: Kemal-Dok., S. 43–45.

176 Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Pressemitteilung, 19.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 24–35.

Günter Grass auch im zweiten Diskursstrang zu, dass die Waffenlieferungen aus Deutschland in die Türkei moralisch fragwürdig seien. Allgemein wurden die politische Kultur des Wegsehens und die Doppelmoral der Regierung mit dem Begriff der „Heuchelei“¹⁷⁷ bezeichnet. Egon Bahr (SPD) nannte geostrategische sowie wirtschaftliche Interessen als Beweggründe.¹⁷⁸ Der Diskurs konzentrierte sich auf die Bundesrepublik, während die Situation in der Türkei nicht vertieft wurde. Heiner Geißler (CDU) sah den Westen in der Verantwortung, mehr „Druck auf die Türkei auszuüben“¹⁷⁹. Hans-Ulrich Klose (SPD) hielt Wirtschaftshilfe für denkbar.¹⁸⁰ Als Adressat wurde Außenminister Klaus Kinkel genannt.¹⁸¹ Kemal formulierte als Problemziel die Errichtung einer demokratischen Türkei als Vorbild für die islamische Welt.¹⁸²

Die größte Unterstützung erfuhr Günter Grass im dritten Diskursstrang als Reaktion auf die Intellektuellenkritik von Hintze. Auch wenn einige Politiker Grass' Meinung nicht teilten, verteidigten sie parteiübergreifend die Freiheit, diese zu äußern. Hervorgehoben wurde, dass Intellektuelle, anders als Politiker oder Wissenschaftler, das Recht haben, Probleme „rhetorisch zuzuspitzen“¹⁸³. Bahr sah es als Vorteil an, dass Grass die „Wirklichkeit ohne diplomatische Floskeln“¹⁸⁴ wiedergegeben habe. Diese Wortwahl sei nötig, um bei der Diskussion und Lösung der Frage voranzukommen.¹⁸⁵ Kerstin Müller sprach von einer „schmerzhaft[e] Wahrheit“¹⁸⁶, die Grass ausgesprochen habe. „Die cholerischen Reaktionen der CDU zeigen, wie sehr Grass ins Schwarze getroffen“¹⁸⁷ habe. Hans-Ulrich Klose kam zu dem

177 Michael Lüders, Üble Heuchelei, in: Die Zeit, 24.10.1997; vgl. Taud., Preis für unangenehme Wahrheiten, in: TAZ, 20.10.1997; Pra., Der mutige Preisträger klagt an, in: SZ, 20.10.1997.

178 Markus Franz, „Günter Grass hat Gutes getan“, in: TAZ, 21.10.1997.

179 Dirk Baller, CDU-Geißler gibt Grass in der Sache recht, in: BZ, 21.10.1997, in: Kemal-Dok. S. 46–67.

180 O. V., Hörfunkspiegel Inland II, in: Deutschlandfunk 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 35.

181 Vgl. ZDF, Pressemitteilung, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 56; Jörg Magenau, Der türkische Schriftsteller und Bürgerrechtler Yaşar Kemal wurde als „Anwalt der Menschenrechte“ mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt, in: TAZ, 20.10.1997.

182 Dpa, Friedenspreisträger Kemal setzt sich für verhafteten Autor ein, in: dpa-Meldung, 22.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 58.

183 Susanne Geiger, „Grass mischt sich ein – das brauchen wir, in: Abendzeitung, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 43–45.

184 Markus Franz, „Günter Grass hat Gutes getan“, in: TAZ, 21.10.1997; Jörg Magenau, Drei Christen adeln Günter Grass, in: TAZ, 21.10.1997.

185 Saarländischen Rundfunks, Pressemitteilung, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 40.

186 Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Pressemitteilung, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 37; o. V., Grass-Rede sorgt für politischen Wirbel, in: Die Welt, 21.10.1997.

187 Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilung, 20.10.1997, o. V., Grass-Rede sorgt für politischen Wirbel, in: Die Welt, 21.10.1997.

Schluss: „Wenn das Land solche [...] Typen nicht mehr erträgt, dann ist in dem Land irgendetwas nicht in Ordnung“¹⁸⁸.

Günter Grass platzierte durch seine Laudatio auf Yaşar Kemal die Themen Asylpolitik und Waffenexporte auf der öffentlichen Agenda, die in den Hintergrund geraten waren. Volker Neuhaus urteilt, dass dem Intellektuellen damit „etwas Ungeheures gelungen“¹⁸⁹ sei. „Ein Einzelner hatte mit wenigen Worten, [...] eine die ganze Nation und darüber hinaus auch das Ausland erschütternde und dringend notwendige Debatte angestoßen.“¹⁹⁰ Der Intellektuelle erfüllte damit den Sinn eines Friedenspreises¹⁹¹, dessen Ziel es ist, „Tabuzonen zu markieren“¹⁹² und zu zerstören, „was nicht ohne Widerspruch und heftige Medienkontroversen passiert“¹⁹³. Der Vorsitzende des Börsenvereins, Gerhard Kurtze, der „große Erwartungen auf [Grass'] Rede“¹⁹⁴ gesetzt hatte, zeigte sich im Anschluss erfreut, dass „eine seit langem dringend notwendige Diskussion neu in Gang gekommen ist“¹⁹⁵. Auch Grass beurteilte es positiv, dass „die Rede [...] einiges angestoßen zu haben [scheint] – genauer gesagt, das letzte Viertel der Rede“¹⁹⁶. Der politische Diskurs war auch „im Sinn des Preisträgers Yaşar Kemal“¹⁹⁷. Osman Okkan ist sich sicher, dass es Kemal und Grass selbst genossen haben, wie er den anwesenden „Herrschaften [...] die Le-viten“¹⁹⁸ las.

War es eine „Hybris zu meinen, ein solcher Einspruch komme über die Journalle hinaus“¹⁹⁹? Durch Grass' „durchaus wirkmächtige[...] Stimme“²⁰⁰ ging die Reichweite des Diskurses nachweisbar über die Medienöffentlichkeit hinaus, denn führende Politiker bezogen sich auch auf verschiedenen Parteiveranstaltungen auf Günter Grass. Helmut Kohl reagierte indirekt auf dem Deutschlandtag

188 O. V., Hörfunkspiegel Inland II, in: Deutschlandfunk, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 35.

189 Neuhaus, Günter Grass, S. 373.

190 Neuhaus, Günter Grass, S. 373.

191 Albrecht Bauch, Die politischen Biedermänner konnten nicht mehr weghören, in: SZ, 25.10.1997.

192 Jablowska, Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, S. 26.

193 Jablowska, Zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, S. 26.

194 Gerhard Kurtze, Brief an Günter Grass, 16.10.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

195 Gerhard Kurtze, Brief an Günter Grass, 16.10.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

196 Günter Grass, Brief an Gerhard Kurtze, 27.10.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

197 Günter Grass, Laudatio auf Yaşar Kemal, in: NGA 23, S. 209.

198 Osman Okkan, 21.05.2020.

199 O. V., Intellektuelle, rührt euch, Die Woche, 7.11.1997, in: Kemal-Dok., S. 75.

200 Claudia Roth, 12.04.2021.

der Jungen Union in Magdeburg.²⁰¹ Oskar Lafontaine wünschte sich auf dem SPD-Programmkongress in Dortmund eine neue, politische Kultur und verteidigte Grass „unter großem Beifall“²⁰². Auch Joschka Fischer nutzte den Parteitag der Grünen dazu, dem Intellektuellen die „volle Unterstützung“²⁰³ zu sichern. Antje Vollmer wies darauf hin, „daß der bei weitem längste Applaus bei Joschka Fischers Parteitagsrede an [dieser] Stelle kam“²⁰⁴. Claudia Roth (Die Grünen) bekundete noch Jahre später, dass diese politische Rede Grass' für sie „unvergesslich“²⁰⁵ sei und sich nachhaltig eingepreßt habe, da sie „ganz untypisch für eine Laudatio, klar an die Politik adressiert“²⁰⁶ war. Es waren auffallend viele Grünen-Politiker, bei denen Grass' Worte auf Resonanz stießen.

Gerhard Kurtze beschrieb in einem Brief an Rita Süßmuth (CDU) als Leiterin der Kommission *Zuwanderung* seine Hoffnung auf eine „positive Entwicklungen in der Kurden-Frage und in der Behandlung kritischer Autoren“²⁰⁷ in der Türkei sowie auf „positive Anstöße in Bezug auf das Asylrecht und auf die Behandlung von Ausländern in Deutschland“²⁰⁸. Auch der deutsche Botschafter in der Türkei, Hans-Joachim Vergau, betonte gegenüber Kurtze, derartige Reden seien wichtige Anstöße für die Demokratiebewegung in der Türkei.²⁰⁹ Claudia Roth erklärte rückblickend, die Rede sei für „die progressiven Kräfte in der Türkei [...] ganz sicher bedeutend [gewesen], weil man solche Stimmen aus Deutschland bis dahin wenig kannte“²¹⁰. Hans-Ulrich Klose (SPD) befürchtete dagegen, dass die Ereignisse im „deutsch-türkischen Verhältnis nicht gerade fruchtbringend gewirkt“²¹¹ haben. Faruk Sen, Direktor des Zentrums für Türkeistudien, widersprach einer derartigen Nachwirkung.²¹² Dies beweise auch die diplomatische Reaktion des türkischen Au-

201 Dpa, Kohl kritisiert Grass. „Da hat sich einer gewaltig aufgeblasen“, in: dpa-Meldung, in: Kemal-Dok., S. 70.

202 DW, SPD will Arbeitsmarkt-Offensive, in: Die Welt, 22.10.1997.

203 Joschka Fischer, Rede auf dem Parteitag in Kassel, in: Archiv Grünes Gedächtnis, BDK-Dokumentation.

204 Antje Vollmer, Brief an Günter Grass, 25.11.1997, in: AdK, GGA, Signatur 13001.

205 Claudia Roth, Brief an Günter Grass, 17.10.2007, in: GUGS.

206 Claudia Roth, 12.04.2021.

207 Gerhard Kurtze, Brief an Rita Süßmuth, 28.10.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

208 Gerhard Kurtze, Brief an Rita Süßmuth, 28.10.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

209 Vgl. Hans-Joachim Vergau, Brief an Gerhard Kurtze, 23.10.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

210 Claudia Roth, 12.04.2021.

211 O. V., Hörfunkspiegel Inland II, in: Deutschlandfunk, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 35.

212 O. V., Kritik berechtigt – Form überzogen, in: Kölnische Rundschau, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 49.

Benamtssprechers Sermet Atacanli: „Grass hat seine eigene Meinung geäußert, er ist berechtigt dazu. Wir haben unsere eigene Meinung.“²¹³ Dagegen wurde die intellektuelle Kritik an Deutschland und der EU in der Türkei „sehr hoch gehandelt“²¹⁴. Die türkische Politik und ihr Umgang mit Minderheiten wurden dagegen „natürlich ausgeblendet, was Yaşar Kemal sehr gewurmt hatte“²¹⁵.

Grass' Rede leistete einen Beitrag zur Problemthematisierung, indem er durch seine kommunikative Macht die Asylpolitik und den Zusammenhang mit Waffenexporten in Bürgerkriegsländer „aus [einer] marginalen Fußnote in der deutschen Presse endlich in die Schlagzeilen rückte“²¹⁶. Als Agenda-Setter förderte der Intellektuelle eine inhaltliche Auseinandersetzung mit seinen formulierten Problemdimensionen in der Öffentlichkeit, die durch weitere Punkte von seiner Diskurskoalition ergänzt wurden. Cem Özdemir kam zu dem Urteil, die Reden hätten „für Wirbel in der verstaubten deutschen Politik gesorgt“²¹⁷. Egon Bahr sagte, Grass habe „ein Stück Wirklichkeit grell erleuchtet“²¹⁸, aber die „Arbeit muss die Politik machen“²¹⁹. Der Einfluss des Diskurses war allerdings gering, denn „direkte politische Auswirkungen für die betroffenen Asylbewerber [...] sind ausgeblieben, bzw. ihre Lage hat sich eher noch verschlechtert.“²²⁰ Die entstandene rot-grüne Diskurskoalition konnte als Oppositionspartei faktisch keine unmittelbaren Veränderungen herbeiführen. Grass plädierte daher dafür, das von der FDP angeregte, neue Staatsbürgerschaftsrecht im Bundestag „im Sinne meiner Paulskirchenrede“²²¹ zu unterstützen. Bissinger kommt daher aus heutiger Sicht zu dem Fazit: „Wir sollten uns da nichts vormachen. Sie [Die Rede] hat relativ wenig bewirkt. Gut, das Problem der kurdischen Mitbürger wurde breiter und differenzierter in der Öffentlichkeit erörtert und den Bürgern vermittelt.“²²² Lafontaine wertete rückblickend, dass die Problematisierung von Waffenexporten sei „ein wichtiger Beitrag von Günter Grass zur Außenpolitik der Bundesregierung. Leider ohne den gewünschten Erfolg.“²²³ Es

213 Baha Güngör / dpa, Törken freuen sich über Preis für Kemal und Grass-Rede, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 41; Jörg Magenau, Drei Christen adeln Günter Grass, in: TAZ, 21.10.1997.

214 Osman Okkan, 21.05.2020; vgl. Aksel Bora, Presse-Reaktionen auf den Friedenspreis in Türkischen Zeitungen, 23.10.1997 und 04.11.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

215 Osman Okkan, 21.05.2020.

216 Albrecht Bausch, Die politischen Biedermänner konnten nicht mehr weghören, in: SZ, 25.10.1997.

217 Cem Özdemir, Brief an Günter Grass, 18.11.1997, in: AdK, GGA, Signatur 12195.

218 Markus Franz, „Günter Grass hat Gutes getan“, in: TAZ, 21.10.1997.

219 Markus Franz, „Günter Grass hat Gutes getan“, in: TAZ, 21.10.1997.

220 Große-Rüschkamp, Kirchenasyl, S. 25.

221 Günter Grass, Brief an Oskar Negt, 27.10.1997, in: GUGS.

222 Manfred Bissinger, 07.04.2020.

223 Oskar Lafontaine, 26.08.2020.

lässt sich keine direkte Erwähnung des Diskurses in Debatten über die Asylpolitik und die Rüstungsexporte im Bundestag oder gar eine Veränderung in der Gesetzgebung feststellen, sodass er sich auf die politische Öffentlichkeit beschränkte. Osman Okkan beschrieb die Reden anlässlich der Preisverleihung retrospektiv als „wichtige Impulse, viel mehr kann man nicht erwarten. Dichter können nicht politische Erdbeben auslösen“²²⁴.

Der Streit würde bald vergessen, prognostizierte Ignatz Bubis²²⁵, und tatsächlich sprach nach wenigen Monaten niemand mehr darüber. Das lag auch darin begründet, dass im Mittelpunkt des Diskurses weniger die Sachfragen standen, sondern: „Die Diskussion in den Medien verengte sich auf die Frage nach der Zulässigkeit der Kritik durch einen Schriftsteller einerseits, zum Teil vermischt mit Kritik an der Person Grass“²²⁶ andererseits. Feststellbar ist, dass beide Seiten im Diskurs übertrieben und damit die sachliche Diskussion in den Hintergrund geriet. Laut Stefan Müller-Doohm können derartig emotionalisierte Diskurse keine Veränderungen herbeiführen.²²⁷ Bemerkenswerterweise wurde somit gerade Kemal für etwas ausgezeichnet, für das Grass in Deutschland herbe Kritik einstecken musste.²²⁸ Okkan ist sich sicher, dass „viele, auch die Medien [...] ein Interesse haben, dass das [die Themen Asylpolitik und Waffenexporte] schnell wieder in den Hintergrund gedrängt werden“²²⁹.

Das Verhalten der konservativen Politiker führte zu einer breiten Verteidigung von Grass durch die Bevölkerung, die diesen „Störfall in der Reaktion der Politik, die intellektuelle Kritik nicht mehr ertrage“²³⁰, thematisierte. Grass wurde im Juni 1998 für sein Engagement mit dem Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union ausgezeichnet. In seiner Rede betonte er die Notwendigkeit, sich „zwischen die Stühle“²³¹ zu setzen. Er forderte Intellektuelle auf, weiterhin „unüberhörbar [...] Einspruch zu erheben“²³². Laudator Cem Özdemir, der selber in Frankfurt anwesend war, sagte: „Er rüttelt auf, er legt den Zeigefinger auf die Wunden einer oft zu apathischen Gesellschaft und ihrer Vertreter. Darin liegt die Rechtfertigung für seine noch so scharfen Attacken.“²³³ Grass machte Oskar Negt auf die motivierende

224 Osman Okkan, 21.05.2020.

225 Hessischer Rundfunk, Pressemitteilung, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 38.

226 Luchtenberg, Zum Umgang mit „Störfällen“ im Migrationsdiskurs, S. 91.

227 Vgl. Germer / Müller-Doohm / Thiele, Intellektuelle Deutungskämpfe, S. 517.

228 Vgl. Vera Gaserow, Exkommuniziert im Heimatland., in: TAZ, 21.10.1997.

229 Osman Okkan, 21.05.2020.

230 Luchtenberg, Zum Umgang mit „Störfällen“ im Migrationsdiskurs, S. 91.

231 Grass, Zwischen den Stühlen, in: NGA 23, S. 223.

232 Grass, Zwischen den Stühlen, in: NGA 23, S. 223.

233 Cem Özdemir, Laudatio auf Günter Grass, in: Humanistischen Union, Mitteilungen, Nr. 162, S. 42–43.

Wirkung seiner Rede bei Schriftstellern und Künstlern aufmerksam: „Übrigens ist in der Reaktion auf diese Rede deutlich geworden, daß nunmehr Intellektuelle in wachsender Zahl bereit sind, sich öffentlich zu äußern. Nun liegt es an der SPD, diesen Hinweis richtig zu deuten.“²³⁴

Der Diskurs diene somit als Beispiel für die politische Kultur unter der Regierung Kohl, die Peter Struck rückblickend im November 1998 mit Hinweis auf die Kemal-Laudatio im Bundestag wie folgt beschrieb:

In diesem Land ist von Ihnen zu lange ein Freund-Feind-Schema gezüchtet worden. In diesem Land gehörte nur der zu den Guten, der Ihrer Meinung war. In diesem Land wurde nicht zusammengeführt, sondern gespalten. Da wurden einzelne Menschen wie der Schriftsteller Günter Grass an den Pranger gestellt, weil sie unbequeme Meinungen zum Beispiel in der Ausländerpolitik hatten.²³⁵

Dies führte dazu, dass kritische Stimmen verstummten. Der Journalist Micha Brumlik wies daraufhin: „Grass wird gehört, weil der Chor der anderen schweigt.“²³⁶ Das konservative Regierungslager war erschrocken, dass „durch einen Schriftsteller plötzlich wieder Meinungen auf die politische Tagesordnung gehoben werden, die sie zu ihrer eigenen Genugtuung aus der Öffentlichkeit schon verschwunden sahen“²³⁷. Rotgrüne Politiker wie Özdemir oder Simonis zeigten sich dagegen offen für einen Dialog, in dem sie Grass' Beitrag lobten und eine Zusammenarbeit mit dem Intellektuellen forderten.²³⁸ Däubler-Gmelin wünschte sich sogar einen regelmäßigen Kontakt zwischen Politikern und Intellektuellen.²³⁹ Lafontaine sah die intellektuelle Wortmeldung als Verpflichtung für Politiker, sich selbstkritisch zu überprüfen „ob die Einwände berechtigt seien“²⁴⁰. Selbst Bundespräsident Herzog nahm zu dem Diskurs Stellung: „Ohne kritischen Einspruch, ohne das Engagement unbequemer Denker, verkümmert eine Gesellschaft. Wir brauchen Streit und Widerspruch, wir brauchen die Zumutungen und Fragen unabhängiger Köpfe.“²⁴¹ Alt-Bundespräsident von Weiz-

234 Günter Grass, Brief an Oskar Negt, 27.10.1997, in: GUGS.

235 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 10.11.1998.

236 Micha Brumlik, Ohne Worte, in: TAZ, 23.10.1997.

237 Große-Rüschkamp, Kirchenasyl, S. 23.

238 Susanne Geiger, „Grass mischt sich ein – das brauchen wir, in: Abendzeitung, 21.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 43–45; Landesregierung Schleswig-Holstein, Pressemitteilung, 22.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 62.

239 Südwestfunk, Pressemitteilung „SWF1-Tagesgespräch“ mit Herta Däubler-Gmelin, 23.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 63.

240 Dpa, Lafontaine: Deutsche Abschiebungspraxis überprüfen, in: dpa-Meldung, 20.10.1997, in: Kemal-Dok., S. 42.

241 Roman Herzog, Rede anlässlich des 200. Geburtstags von Heinrich Heine in Düsseldorf am 29.12.1997, in: Kemal-Dok., S. 82; Klaus Hartung, Neue Überlegungen zur Rolle des Intellektuellen, in: Die Zeit, 19.12.1997; vgl. Markus Barth, 24.04.2020.

säcker schrieb an den Vorsitzenden des Börsenvereins: „Die Aufregung über Grass zeigt nur, dass sich etwas bewegen lässt und bewegt. So ganz pazifistisch sind also unsere Intellektuellen doch noch nicht, wie ich seit Jahren befürchtete.“²⁴²

Der Diskurs kann als Seismograf für den Wandel in der Gesellschaft angesehen werden, der sich im Regierungswechsel 1998 niederschlug. Claudia Roth erklärte retrospektiv, die Rede habe „vielleicht auch die Wechselstimmung vor den Bundestagswahlen 1998 etwas beflügelt“²⁴³. Dabei wurden Bürger mit türkischer Herkunft explizit aufgefordert, für die SPD zu stimmen.²⁴⁴ Langfristig fanden sich die Diskursthemen in Gesetzesänderungen der rot-grünen Regierung wieder (vgl. IV. Kap. 4.3.2). Der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder schrieb kurz vor der Laudatio einen Geburtstagsbrief „an den Störenfried und Querdenker, dessen gesellschaftliche Schubkraft womöglich größer ist, als er es selbst annehmen mag“²⁴⁵.

Grass gelang es als öffentlicher Intellektueller kurzfristig, vernachlässigten Themen und den kurdischen Flüchtlingen eine Stimme zu geben. Es zeigt sich, dass es „in Deutschland wohl solche pointierten und provozierenden Sätze [braucht], um das Thema Asyl nochmals auf die politische Tagesordnung zu heben“²⁴⁶. Es war für ihn eine „Genugtuung auf der Seite der Benachteiligten zu sein, der Flüchtlinge“²⁴⁷, denen eine Lobby fehle. Der Intellektuelle konnte mit seiner rot-grünen Diskurskoalition die Regierung attackieren, aber keine unmittelbare Deutungsmacht entfalten, obwohl weite Teile der Gesellschaft und Bevölkerung hinter ihm standen. Im Diskurs fand eine Form von Policy-Lernen statt, in der die jeweilige Seite ihre Haltung überprüft. Er stärkte die rot-grüne Diskurskoalition, die in beiden Themenbereichen übereinstimmte. Inwieweit derartige intellektuelle Diskurse nachhaltig eine mobilisierende Wirkung auf die späteren Wahlen und politischen Entscheidungen hatten, kann nicht gemessen werden. Grass leistete mit seinem Agenda Setting einen zeitlosen Beitrag zum Diskurs über Waffenexporte und Asylpolitik. Hier wird deutlich, wie wichtig intellektuelle Stellungnahmen und eine offene Streitkultur in einer Gesellschaft sind.

²⁴² Richard von Weizsäcker, Brief an Gerhard Kurtze, 23.10.1997, in: Archiv des Börsenvereins, Referat Friedenspreis.

²⁴³ Claudia Roth, 12.04.2021.

²⁴⁴ Heinz Krämer, Türkei, in: Siegmund Schmidt / Gunther Hellmann / Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur Deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 482–493, hier S. 488.

²⁴⁵ Gerhard Schröder, Telegramm an Günter Grass, 16.10.1997, in: Neumann, Alles gesagt?, S. 524.

²⁴⁶ Große-Rüschkamp, Kirchenasyl, S. 24.

²⁴⁷ Osman Okkan, 21.05.2020.

4.2.4 Gründung einer zivilgesellschaftlichen Stiftung für Sinti und Roma (1997)

Günter Grass nutzte seine Prominenz, um auf die Minderheit der Sinti und Roma aufmerksam zu machen, die europaweit besondere Ausgrenzung erfährt. Er wies bereits Anfang der 1990er-Jahre wiederholt auf deren rassistische Verfolgung hin.²⁴⁸ 1997 gründete er, in Erinnerung an seinen Lehrer Otto Pankok, eine Stiftung für sie, um „als Bürger politisch ein Wort mitzureden, mehr noch, nach Überzeugung zu handeln“²⁴⁹. Der Intellektuelle arbeitete eng mit der *Internationalen Romani Union*, dem *Romani P.E.N.* und den deutschen Verbänden für Sinti und Roma zusammen.²⁵⁰ Freimut Duve (SPD) würdigte seine „soziale, seine demokratische, seine freigiebige Natur“²⁵¹ als Stifter. Der Intellektuelle begründete seinen Einsatz damit, dass „die Roma, zu denen auch die in Deutschland lebenden Sinti gehören, wie kein anderes Volk, außer dem der Juden, anhaltender Verfolgung, Benachteiligung und in Deutschland der planmäßigen Vernichtung ausgesetzt gewesen sind. Dieses Unrecht hält bis heute an.“²⁵² Grass schlug sich als „Fürsprecher auf ihre Seite“²⁵³, da ihnen von keinem Staat genügend Aufmerksamkeit entgegengebracht würde. Seine Forderungen umfassten die gesetzliche Anerkennung der Minderheit, einen Europapass und ein Bleiberecht. Grass bekundete bei der Gründung der Stiftung, selbst „kein schlüssiges Konzept zur Hand“²⁵⁴ zu haben und förderte mit dem Otto-Pankok-Preis Eigeninitiativen, kulturelle Leistungen oder hervorragende, journalistische und wissenschaftliche Berichte und Analysen. Darüber hinaus setzte sich der Intellektuelle für eine Gedenkstätte für Sinti und Roma ein.²⁵⁵ Für diese Volksgruppen versuchte er, Öffentlichkeit in Deutschland und in Europa zu organisieren.

Als Redner für die Preisverleihung der Stiftung akquirierte Günter Grass Spitzenpolitiker, beispielweise Bundespräsident Johannes Rau (2002), den damaligen Ministerpräsident Kurt Beck (2006) oder Ministerpräsidentin Heide Simo-

248 Vgl. Semler, „Björn, Hände weg vom Asylrecht“, in: NDR, 03.11.1992; o. V., Günter Graß [sic!], in: Der Spiegel, 22.03.1993; wha., Der Stab des „Hidalgo“, in: FAZ, 19.03.1993.

249 Günter Grass, Wie ich zum Stifter wurde, in: NGA 23, S. 192; vgl. Swoboda / Wiersma, Ein blinder Fleck im europäischen Bewusstsein, S. 33.

250 Vgl. Zusammensetzung des Stiftungsvorstands: Grass, Wie ich zum Stifter wurde, in: NGA 23, S. 195–196.

251 Friedrich Christian Delius zitiert nach: Freimut Duve, Der Dichter als Stifter, in: SZ, 14.01.2002.

252 Grass, Wie ich zum Stifter wurde, in: NGA 23, S. 192.

253 Grass, Wie ich zum Stifter wurde, in: NGA 23, S. 192.

254 Grass, Wie ich zum Stifter wurde, in: NGA 23, S. 194.

255 Grass, Wie ich zum Stifter wurde, in: NGA 23, S. 192.

nis (2002).²⁵⁶ Diese gaben „der Stiftungsarbeit zusätzliches Gewicht“²⁵⁷ und verliehen ihr „die öffentliche Aufmerksamkeit, die ihr Anliegen verdient“²⁵⁸. Rau dankte in seiner Rede Ute und Günter Grass für „die Bereitschaft, Probleme unserer Gesellschaft anzupacken und sich dabei nicht entmutigen zu lassen“²⁵⁹. Er betonte die wichtige Funktion von zivilgesellschaftlichen Stiftern, da sie „Impulse geben können, weil sie Anstöße geben und Dinge ins Rollen bringen, die manche lieber unangetastet ließen“²⁶⁰. Der Bundespräsident sah die Preisverleihung als eine Chance, „von den Sinti und Roma selbst zu hören, was sie bewegt, was sie erleben“²⁶¹. Die Stiftung leiste „mit Aufklärung und Zivilcourage, mit Begegnungen und mit Erfahrungen“²⁶² einen gesellschaftlichen Beitrag, um Vorurteile und Ängste der Bevölkerung abzubauen. Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) hob in ihrer Rede hervor, dass Grass den „Wille[n] [habe], etwas zu verändern und zu helfen“²⁶³, sodass er „nicht nur die Macht seiner Worte [verwendete], sondern [...] auch ganz kräftig an[packte]!“²⁶⁴.

Grass sprach auf den Preisverleihungen die anwesenden Politiker direkt auf die Missstände an.²⁶⁵ Beispielsweise konfrontierte er 2005 Ministerpräsident Peter Harry Carstens (CDU) damit, dass „der Minderheitenschutz in Schleswig-Holstein gescheitert“²⁶⁶ sei, da deren Aufnahme in die Landesverfassung keine Mehrheit fand.²⁶⁷ Er wies ihn daraufhin, dass der anwesende Kurt Beck ihm „sicher Ratschläge geben“²⁶⁸ könne, da Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland am 25. Juli 2005 eine Rahmenvereinbarung mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma verabschie-

256 Anfragen bei Horst Köhler oder Martin Schulz konnten dagegen nicht realisiert werden. Vgl. Günter Grass, Brief an Horst Köhler, 22.11.2005, in: GUGS; Günter Grass, Brief an Martin Schulz, 03.07.2014, in: GUGS.

257 Günter Grass, Brief an Horst Köhler, 22.11.2005, in: GUGS.

258 Bernd Saxe, Begrüßung anlässlich der Otto-Pankok-Preisverleihung, 30.09.2002, in: GUGS.

259 Johannes Rau, Grußwort zur Verleihung des Otto-Pankok-Preises der „Stiftung zugunsten des Romavolks. e. V.“, 30.09.2002, in: GUGS.

260 Johannes Rau, Grußwort zur Verleihung des Otto-Pankok-Preises, 30.09.2002, in: GUGS.

261 Johannes Rau, Grußwort zur Verleihung des Otto-Pankok-Preises, 30.09.2002, in: GUGS.

262 Johannes Rau, Grußwort zur Verleihung des Otto-Pankok-Preises, 30.09.2002, in: GUGS.

263 Heide Simonis, Grußwort bei der Verleihung des Otto-Pankok-Preises, 30.09.2002, in: GUGS.

264 Heide Simonis, Grußwort bei der Verleihung des Otto-Pankok-Preises, 30.09.2002, in: GUGS.

265 Vgl. Hilke Ohsoling, 29.09.2002.

266 Gra., die Grass'sche Einladung, in: TAZ, 17.05.2006; vgl. Stadt Lübeck, Pressemitteilung „Pankok-Preis an Kieler Sinti-Mediatorinnen-Modell verliehen“, 15.5.2006, in: GUGS.

267 Swoboda / Wiersma, Ein blinder Fleck im europäischen Bewusstsein, S. 38.

268 Gra., die Grass'sche Einladung, in: TAZ, 17.05.2006.

det hatte.²⁶⁹ Beck bekundet rückblickend, dass die Preisverleihung in Lübeck „mit dazu beigetragen [hat], dass ich den Kontakt mit den Sinti und Roma eng gesucht habe“²⁷⁰. Er habe „noch mal versucht, die [Bundes-]Länder insgesamt zusammenzubringen. Als Bundesratspräsident habe ich immer regelmäßig mit Romani Rose die Kontakte gesucht“²⁷¹. Die Stiftung sorgte folglich nicht nur für Öffentlichkeit, sondern war auch ein Antreiber für politische Rahmenvereinbarungen. Grass' sah es als ein Verdienst der Stiftung an, dass nach mehreren Anläufen 2012 schließlich „die Sinti und Roma [...] als Minderheit in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung [...] gleichgestellt“²⁷² wurden.

Als Intellektueller wurde Grass „unter anderem wegen [seines] Eintretens für die Rechte von Sinti und Roma“²⁷³ mehrfach von politischen Institutionen als „europaweit bekannte Persönlichkeit“²⁷⁴ eingeladen. Seine Reden nutzte er für eine öffentliche Beratung im Interesse der Sinti und Roma. In Straßburg trat er beispielsweise im Oktober 2000 auf der *Europäischen Konferenz gegen Rassismus* für die Belange der Minderheit und den Erhalt ihrer Kultur ein.²⁷⁵ Er sah sich als Sprecher für diejenigen, die „ohne Stimme“²⁷⁶ sind. Grass forderte von den anwesenden Politikern, die Kunst und Sprache der Minderheit durch entsprechende Programme zu fördern. Staatssekretärin Cornelia Sonntag-Wolgast bekundete, dass die rot-grüne Bundesregierung in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik bereits „eine Abkehr von der früheren Politik“²⁷⁷ vorgenommen habe. Durch die Konferenz, die mit einer politischen Erklärung zum verstärkten Schutz der Menschenrechte, Integration von Minderheiten und Ausländern endete, habe sie aber weitere Anregungen gewonnen.²⁷⁸ Grass sprach vor der Europäischen Investitionsbank wenige Tage später und verlangte eine politische Vertretung der Sinti und Roma im Europaparlament sowie die Einführung der Unterrichtssprache Romanes.²⁷⁹ Er beurteilte die Wirkung seiner öffentlichen Politikberatung auf euro-

269 Kurt Beck / Jacques Delfeld, Rahmenvereinbarung zwischen der rheinland-pfälzischen Landesregierung und dem Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Rheinland-Pfalz e. V., 25.07.2005.

270 Kurt Beck, 30.03.2020.

271 Kurt Beck, 30.03.2020.

272 Günter Grass, Brief an Anna und Matthäus Weiß, 11.11.2013, in: GUGS.

273 Cornelia Sonntag-Wolgast, Brief an Günter Grass, 05.04.2000, in: GUGS; vgl. Wolfgang Roth, Brief an Günter Grass, 13.04.2000, in: GUGS.

274 Cornelia Sonntag-Wolgast, Brief an Günter Grass, 05.04.2000, in: GUGS.

275 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 290.

276 Joachim Käppner, Europarat will Rassismus bekämpfen, in: SZ, 14. / 15.10.2000.

277 Joachim Käppner, Europarat will Rassismus bekämpfen, in: SZ, 14. / 15.10.2000.

278 Vgl. Joachim Käppner, Europarat will Rassismus bekämpfen, in: SZ, 14. / 15.10.2000.

279 Günter Grass, Zukunftsmusik oder Der Mehlwurm spricht, in: NGA 23, S. 309.

päischer Ebene als gering, da das Interesse nicht vorhanden sei und er ins Leere spreche.²⁸⁰ Aus diesem Grund lehnte der Intellektuelle eine weitere Rede vor einem informellen Treffen der europäischen Kulturminister ab.²⁸¹

Grass kontaktierte lieber einzelne Politiker direkt, wie beispielsweise den Fraktionsvorsitzenden und späteren EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz. Sie trafen sich „auf Wunsch von Martin Schulz“²⁸² persönlich zu einem „längeren authentischen Gespräch“²⁸³ im Jahr 2011, gemeinsam mit Ralf Stegner und erneut im Jahr 2014.²⁸⁴ Schulz erklärte rückblickend, sie hätten zudem „mehrfach miteinander telefoniert“²⁸⁵. Bereits nach dem ersten Treffen schrieb er „It was heartening to see both the commitment of this famous writer and the work his Roma foundation is accomplishing.“²⁸⁶ Grass wandte sich in einem Brief 2014 erneut an den Politiker: „Die Arbeit der von mir und meiner Frau gegründeten Stiftung [...] leidet darunter, daß sie in der bundesdeutschen Politik so gut wie keine Resonanz hat, umso mehr hoffen wir, daß wir bei Ihnen Gehör finden.“²⁸⁷ Grass formulierte bei diesem Gespräch „sehr pointierte positionsbezogene Ratschläge [...] und auch Vorschläge“²⁸⁸, damit auf europäischer Ebene mehr für die Sinti und Roma gemacht würde. Stegner beschreibt ihn als „sehr eigenwillig und auch entschieden in seinem Urteil, insofern muss man das auch aushalten“²⁸⁹, denn Intellektuelle nehmen „nicht die Rücksichten, die in der Politik gelegentlich genommen werden müssen“²⁹⁰. Grass machte auf die ungünstigen Lebensbedingungen für Roma in Ungarn aufmerksam und bat die Politiker darum, dass eine Gruppe des Europaparlaments den direkten Kontakt suche.²⁹¹ Schulz entgegnete: „Ich habe ihm dann gesagt, wir machen da schon eine Menge. Wenn es überhaupt ein Parlament gibt, dass sich damit beschäftigt, dann ist es das Europäische Parlament.“²⁹² Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parla-

280 Vgl. Günter Grass, Brief an Evangelos Venizelos, 01.04.2003, in: GUGS.

281 Vgl. Günter Grass, Brief an Evangelos Venizelos, 01.04.2003, in: GUGS; Evangelos Venizelos, Brief an Günter Grass, 28.03.2002, in: GUGS.

282 Ralf Stegner, 30.04.2021.

283 Martin Schulz, 26.03.2021; Günter Grass, Arbeitskalender 2011, in: GUGS.

284 Günter Grass, Arbeitskalender 2014, in: GUGS.

285 Martin Schulz, 26.03.2021.

286 Martin Schulz, Preface: Human dignity is Non-Negotiable, in: Group of the Progressive Alliance of Socialists & Democrats in the European Parliament (Hrsg.), Roma: A European Minority, S. 5–6, hier S. 5.

287 Günter Grass, Brief an Martin Schulz, 03.07.2014, in: GUGS.

288 Martin Schulz, 26.03.2021.

289 Ralf Stegner, 30.04.2021.

290 Ralf Stegner, 30.04.2021.

291 Vgl. Sowobda / Wiersma, Ein blinder Fleck im europäischen Bewusstsein, S. 38.

292 Martin Schulz, 26.03.2021.

ment stand infolgedessen „seit einiger Zeit unter Vermittlung von Martin Schulz mit Günter Grass“²⁹³ in dieser Frage im Kontakt. Der Politiker bestätigt, dass er ihn mit seinem Fachexperten in der Fraktion zusammengebracht habe.²⁹⁴ Die Zusammenarbeit zeigt sich auch darin, dass der Intellektuelle ein Interview in der Broschüre über Roma der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament gab. „Es ist ein Unterschied, ob jemand der keine breite Resonanz findet, sich dazu äußert, oder jemand der eine Leser- und Zuhörerschaft hat, die in die Millionen geht, nicht nur national, sondern international“²⁹⁵, erklärt Schulz. Es gab folglich eine gemeinsame Zusammenarbeit.

Grass gelang es wiederholt, auf Sinti und Roma aufmerksam zu machen und als deren Sprecher wahrgenommen zu werden. Seine Zitate wurden von Politikern bei ihren Gedenkreden an Sinti und Roma aufgegriffen.²⁹⁶ Der Intellektuelle wurde für sein Engagement ausgezeichnet, beispielsweise 1993 durch den *Hidalgo-Preis* in Spanien oder 2013 durch den *Schleswig-Holsteinischen Meilenstein* des dortigen Landesverbandes der Deutschen Sinti und Roma.²⁹⁷ Heide Simonis lobte Ute und Günter Grass, die „sich seit Jahren mit einem europäischen Dauerbrenner beschäftigt[en]: dem Antiziganismus“²⁹⁸. Sie würden „nicht zynisch und schulterzuckend wegschauen“²⁹⁹, sondern „sich auch zu Wort [...] melden, obwohl es nicht gerade en vogue ist“³⁰⁰. Angesichts seines Todes würdigte Martin Schulz Grass’ „Einsatz für die Schwachen und Verlierer“³⁰¹, was ihn „zu einer moralischen Autorität in ganz Europa“³⁰² gemacht habe. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, ergänzte: „Mit Günter Grass verliert nicht nur die Bundesrepublik Deutschland einen ihrer bedeutendsten Schriftsteller, sondern auch die Sinti und Roma in Europa einen engen Freund und Förderer“³⁰³.

Günter Grass setzte sich mit seiner zivilgesellschaftlichen Stiftung ein. Er nutzte seine kommunikative Macht, um Politiker öffentlich zu beraten und den gesellschaftlichen Diskurs anzuregen. Darüber hinaus suchte er den unmittelba-

293 Europäisches Parlament, Stenographisches Protokoll, 02.02.2011.

294 Martin Schulz, 26.03.2021.

295 Martin Schulz, 26.03.2021.

296 Vgl. Deutscher Bundesrat, Stenographischer Bericht, 21.12.2005; Deutscher Bundesrat, Stenographischer Bericht, 18.12.2009.

297 Dpa, Spanische Zigeuner ehren Günter Grass, in: SZ, 19.03.1993.

298 Heide Simonis, Rede Meilenstein in Kiel 2013, in: GUGS.

299 Heide Simonis, Rede Meilenstein in Kiel 2013, in: GUGS.

300 Heide Simonis, Rede Meilenstein in Kiel 2013, in: GUGS.

301 Martin Schulz, Beileidsschreiben an Ute Grass, 07.05.2015, in: GUGS.

302 Martin Schulz, Beileidsschreiben an Ute Grass, 07.05.2015, in: GUGS.

303 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Pressemitteilung „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma trauert um Günter Grass, 14.04.2015.

ren Kontakt mit politischen Akteuren, um entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu fordern oder auf aktuelle Ereignisse aufmerksam zu machen. Eine kausale Wirkung ist nicht nachweisbar, aber sein Engagement hat dem Randthema zu mehr Öffentlichkeit verholfen. Martin Schulz glaubte, Grass habe „sich bestimmt immer mehr erhofft, aber mehr politisch bewirken kann man, glaub ich, kaum noch. Also Grass war ja einer der Schriftsteller, der richtigen politischen Einfluss hatte, und zwar einen direkten.“³⁰⁴

4.3 Beratung: Stetiger Mahner einer neuen Asylpolitik

4.3.1 Vergebliche Beratung gegen den Asylkompromiss: Der Parteiaustritt (1992 / 1993)

Günter Grass hatte im Dezember 1990 die Hoffnung, Björn Engholm als zukünftigen Parteivorsitzenden von einer veränderten Asylpolitik zu überzeugen. In einem Brief bezeichnete der Intellektuelle es als Aufgabe der SPD, „ein neues, die sogenannten Ausländer einbeziehendes Staatsbürgerschaftsverständnis“³⁰⁵ in der Verfassung aufzunehmen. Dieses Thema wurde in einem informellen Gespräch Ende Dezember 1990 zwischen den Beiden vertieft.³⁰⁶ Grass forderte, die deutsche Staatsangehörigkeit „nicht (alleine) an Deutschstämmigkeit (zu) begründen“³⁰⁷, sondern „das multikulturelle Element“³⁰⁸ mit einzubeziehen. Engholm hörte zu, aber verwies auf die Widerstände innerhalb der SPD in dieser Frage.³⁰⁹ Die Gespräche mit dem Intellektuellen hatten die Funktion der Selbstüberprüfung, denn Grass stellte, „unangenehme Fragestellungen an einen selbst, die einen gezwungen haben, zu überdenken, wie weit ist man abgewichen von seinen programmatischen-ideologischen Vorstellungen“³¹⁰. Engholm versuchte ihm beizubringen, dass man auch von der Idee mal abweichen kann, solange man „die Abweichung

304 Martin Schulz, 26.03.2021.

305 Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 11.12.1990, in: AdK, GGA, Signatur 2847.

306 Vgl. Grass, Tagebuch 1990, 27.12.1990, S. 233; Günter Grass, Notiz „Für Gespräch mit Björn Engholm am 26.12.90“, in: AdK, GGA, Signatur 10391.

307 Günter Grass, Notiz „Für Gespräch mit Björn Engholm am 26.12.90“, in: AdK, GGA, Signatur 10391.

308 Günter Grass, Notiz „Für Gespräch mit Björn Engholm am 26.12.90“, in: AdK, GGA, Signatur 10391.

309 Vgl. Grass, Tagebuch 1990, 27.12.1990, S. 233.

310 Björn Engholm, 22.03.2021.

selbst erkennt und versucht sie, eines Tages so gut es geht zu korrigieren“³¹¹. Er erklärt rückblickend:

Im Prinzip habe ich Günter immer verstanden, weil seine Auffassung war, man braucht ein fernes Ziel, das sozusagen die Marke ist, auf die man sich in Zentimetern zu bewegt. Wer schon mit dem Kompromiss anfängt, so war seine Theorie immer, der braucht gar nicht anzufangen, denn er hat kein Ziel. Das habe ich eigentlich immer geschätzt bei ihm, nur dass er das Ziel dann absolutiert hat, auch in der Umsetzung. In der praktischen Politik hat er Widersprüche nicht zugelassen, und die gibt es halt.³¹²

Die Anregung des Intellektuellen hatte keine unmittelbare Wirkung auf Engholms Position in der Asylpolitik, auch wenn er das Fernziel teilte.

Die vergebliche, öffentliche Beratung hinsichtlich des Asylkompromisses (vgl. IV. Kap. 4.2.2) Anfang der 1990er-Jahre führte „zu einer bedrückenden Belastungsprobe“³¹³ des Verhältnisses zwischen Grass und der SPD. Der Intellektuelle kündigte wie erwähnt mehrfach öffentlich an, aus der Partei auszutreten, sollte die Partei ihre Position zur Asylpolitik nicht ändern.³¹⁴ Gegenüber dem Parteivorsitzenden Engholm bekundete er, dass ihm der Parteitag „noch einige, wie ich heute weiß, übertriebene Hoffnung gemacht“³¹⁵ habe. Der am 6. Dezember 1992 verabredete Asylkompromiss war schließlich der ausschlaggebende Faktor, dass Grass am 18. Dezember demonstrativ sein Parteibuch zurück gab (vgl. IV. Kap. 3.3.2).³¹⁶ Engholm erklärte retrospektiv: „Im Bauch hat man das erwartet. Es wäre für ihn schwierig gewesen, da er eigentlich immer kompromisslos an die Dinge herangegangen ist, hinterher selbst den Kompromiss zu machen.“³¹⁷ Seinem Beispiel folgten andere Intellektuelle, wie Flimm oder Bissinger.³¹⁸ Letzterer begründete diesen Schritt damit, dass „der Asylkompromiss [...] das Fass überlaufen lassen“³¹⁹ habe. Grass erläuterte seine Gründe für den Austritt schriftlich gegenüber dem Parteivorsitzenden Engholm sowie den Fraktionsvorsitzenden Klose und Vogel damit, dass er den Asylkompromiss nicht mittragen könne und

³¹¹ Björn Engholm, 22.03.2021.

³¹² Björn Engholm, 22.03.2021.

³¹³ Engholm, Koexistenz zweier Raucher. S. 95.

³¹⁴ Vgl. Leonid Hoerschelmann, Ein Staat für Günter Grass, in: Die Welt, 15.08.1990; Grass, Was an die Substanz geht, in: NGA 23, S. 39.

³¹⁵ Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 18.12.1992, in: Beck, Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, S. 134.

³¹⁶ Vgl. hie., Austritt, in: FAZ, 30.12.1992.

³¹⁷ Björn Engholm, 22.03.2021.

³¹⁸ Dpa, Nach Grass Flimm. SPD-Verluste, in: TAZ, 20.01.1993; Manfred Bissinger, 07.04.2020.

³¹⁹ Manfred Bissinger, 07.04.2020.

zeigte sich fassungslos darüber, dass die SPD diesen Weg einschlug.³²⁰ Den Asylkompromiss bezeichnete er als „Skandal“³²¹, da er „mit jeder sozialdemokratischen Tradition“³²² breche. Zudem spreche der „den Bemühungen vieler Genossen auf dem SPD-Parteitag Hohn“³²³, sodass für Grass die Regelung der „Gipfel der Heuchelei“³²⁴ sei: „Einerseits wird formell die Substanz des Asyl-Artikels im Grundgesetz bewahrt, andererseits so gut wie jedem Asylsuchenden die Möglichkeit genommen, von diesem Grundrecht Gebrauch zu machen.“³²⁵ Er empfindet es als „geradezu böseartig“³²⁶, dass die Hauptlast dieser „egozentrischen Entscheidung“³²⁷ Polen und die tschechische Republik tragen müssen. Grass kritisiert den Kompromiss als „verantwortungslose Kumpanei zwischen deutschen Politikern und Rechten Gruppen“³²⁸. Im Fokus seiner Kritik standen besonders Engholm als Parteivorsitzender und Klose als Verhandlungsführer.³²⁹

Grass' Parteiaustritt fand eine hohe Resonanz in der Medienöffentlichkeit (vgl. IV. Kap. 4.2.1). Auf die Frage, welches Echo der Parteiaustritt innerhalb der Partei hatte, antwortet Engholm: „Diejenigen, die ein gutes Feeling für Günter hatten, die haben das zutiefst bedauert. Und diejenigen, die Günter nie mochten, wegen seiner Rigorosität, die haben das begrüßt.“³³⁰ Wenige Politiker reagierten in Briefen an den Intellektuellen unmittelbar. Es waren vor allem Engholm und Vogel, die sich hier hervortaten. Engholm antwortete mit seinem „Brief vom Verlust“³³¹. Er bekundete mit einem Rückblick auf die letzten gemeinsamen Gespräche, ihm sei „zuneh-

³²⁰ Vgl. Günter Grass, Brief an Hans-Ulrich Klose, 18.12.1992, in: AdsD, Bestand Björn Engholm, 1/BEAA000099.

³²¹ Günter Grass, Brief an Hans-Jochen Vogel, 14.01.1993, in: AdK, GGA, Signatur 14582.

³²² Günter Grass, Brief an Hans-Jochen Vogel, 14.01.1993, in: AdK, GGA, Signatur 14582.

³²³ Günter Grass, Brief an Hans-Jochen Vogel, 14.01.1993, in: AdK, GGA, Signatur 14582.

³²⁴ Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 18.12.1992, in: Beck, Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, S. 134.

³²⁵ Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 18.12.1992, in: Beck, Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, S. 134.

³²⁶ Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 18.12.1992, in: Beck, Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, S. 134; vgl. Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 10.02.1993, in: Beck, Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, S. 135–136.

³²⁷ Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 18.12.1992, in: Beck, Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, S. 134.

³²⁸ Tissy Bruns, Vereinzelt SPD-Kritik am Asylkompromiß, in: TAZ, 09.12.1992.

³²⁹ Vgl. Günter Grass, Brief an Hans-Ulrich Klose, 18.12.1992, in: AdsD, Bestand Björn Engholm, 1/BEAA000099; Günter Grass, Brief an Hans-Jochen Vogel, 14.01.1983, in: AdK, GGA, Signatur 14582; Günter Grass, Brief an Johannes Rau, 30.10.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14220.

³³⁰ Björn Engholm, 22.03.2021.

³³¹ Björn Engholm, Brief an Günter Grass, 15.01.1993, in: Beck, Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, S. 135.

mend deutlicher [geworden], daß Du vor allem in den letzten Jahren seltener bereit warst im Gegensatz zu früheren Tagen, einen Weg des Kompromisses zu gehen oder, um es mit Willy Brandt zu sagen, zu akzeptieren, daß jede Zeit ihre eigenen Antworten will³³². Grass' Idealismus bezeichnete er als „politische Romantik“³³³ fernab des Realen. Engholm hoffte, den Intellektuellen mit den Ergebnissen am Ende versöhnlich zu stimmen und somit nicht auf seinen Rat verzichten zu müssen.³³⁴ Grass reagierte verwundert auf diesen Brief, da er „jahrzehntelang in Sachen Politik und Gesellschaft Kompromißfähigkeit gegen absolute Forderungen verteidigt“³³⁵ habe. Auch die Beschlüsse des Parteitages habe er mitgetragen, aber der tatsächlich ausgehandelte Gesetzentwurf verdiene „den Namen Kompromiß nicht“³³⁶. Grass' „striktes Beharren auf absolute Moral in der Politik, sein unbeugsames Votum gegen alle die Moral tangierenden Kompromiss“³³⁷ führte laut Engholm letztlich zur Entfremdung. Er konstatierte, dass in Sachen Asylpolitik „Gesinnungs- und Verantwortungsethik“³³⁸ kollidierten. Dem widersprach der Intellektuelle, da seine „Gesinnung auf Verantwortung“³³⁹ fuße. Engholm bekundet retrospektiv: „Da Günters politische Selbstgewissheit, sein kompromissresistenter, moralischer Rigorismus, der uns ihm gegenüber immer etwas klein erscheinen ließ, keine Näherung möglich machte, kam, was wahrscheinlich unvermeidbar war. Seine Trennung von der SPD“³⁴⁰. Der Intellektuelle beklagte öffentlich, „Parteichef Engholm höre nicht mehr auf ihn“³⁴¹. Eine Gabe, die ihm bei Politikern stets wichtig war. Weitere öffentliche Gespräche wurden in dem Zuge abgesagt.³⁴² Kurz darauf kam es anlässlich des Rücktritts von Björn Engholm im Mai 1993 zum endgültigen Bruch, nachdem der Politiker eine „menschliche Geste“³⁴³ von Günter Grass vermisste.³⁴⁴ Die überschrittene „persön-

332 Engholm, Brief an Grass, 15.01.1993, in: Beck, *Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen*, S. 135.

333 Engholm, Brief an Grass, 15.01.1993, in: Beck, *Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen*, S. 135.

334 Engholm, Brief an Grass, 15.01.1993, in: Beck, *Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen*, S. 135.

335 Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 10.02.1993, in: Beck, *Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen*, S. 135.

336 Grass, Brief an Engholm, 10.02.1993, in: Beck, *Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen*, S. 136.

337 Engholm, *Koexistenz zweier Raucher*, S. 95.

338 Engholm, *Koexistenz zweier Raucher*, S. 97.

339 Grass, *Was an die Substanz geht*, in: NGA 23, S. 39.

340 Engholm, *Koexistenz zweier Raucher*, S. 97.

341 Dpa, *Böser Abschied*, in: TAZ, 29.12.1992.

342 Vgl. Günter Grass, Brief an Björn Engholm, 10.02.1993, in: Beck, *Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen*, S. 134–136; Björn Engholm, Brief an Günter Grass, 15.01.1993, in: Beck, *Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen*, S. 135.

343 Björn Engholm, 07.06.2020.

344 Björn Engholm trat aufgrund der Schubladenaffäre am 3. Mai 1993 als Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat zurück.

liche Verletzungsgrenze“³⁴⁵ schloss eine „erneute Begegnung“³⁴⁶ aus, sodass eine Aussprache somit nicht mehr erfolgte.³⁴⁷

Vogel reagierte ebenfalls auf Günter Grass Parteiaustritt. Trotz Respekt für die Entscheidung entgegnete er, „daß eben diese Gründe auch zum Gegenteil, nämlich zu einem verstärkten Engagement für die eigene Position innerhalb der Partei hätte führen können. Daß ich selbst in der Asylfrage darum ringe, haben Sie sicher verfolgt.“³⁴⁸ Er erklärte rückblickend: „Ich selber gehörte damals zu den Kritikern des Asylkompromisses, habe aber eine Position vertreten, die es erlauben würde, die vorgesehene Einschränkung durch eine Grundgesetzänderung durch ein einfaches Gesetz zu neutralisieren. Dem hätte sich Günter Grass anschließen können.“³⁴⁹ Der ehemalige Parteivorsitzende informierte noch am 4. November 1992 den Intellektuellen über den Bericht, „den eine Arbeitsgruppe des Parteirates“³⁵⁰ zur Aufarbeitung und Darstellung der kontroversen Positionen zum Zuwanderungsproblem und zur Veränderung des Grundgesetzes erarbeitet hatte. Grass argumentierte, dass er „immer wieder, besonders in der Asylfrage das Gespräch gesucht habe“³⁵¹. Für ihn seien aber seine „Möglichkeiten, innerhalb der SPD als Mitglied für meine Position einzutreten, mehr als gering“³⁵² gewesen. Dass, „die Intelligenzija desertiert[e]“³⁵³ setzte Björn Engholm öffentlich unter Druck, denn „es signalisiert nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß ausgerechnet in einer Zeit des Umbruchs [...] die SPD ihre alte Anziehungskraft auf die querdenkende Elite im Begriff ist zu verlieren“³⁵⁴. Die SPD verlor in dieser Zeit eine „wichtige[...] und engagierte[...] Truppe von Warnern und Mahnern, die die Partei früher so stark gemacht“³⁵⁵. Es ist daher verwunderlich, dass die „Parteiführung um solche Leute nicht mehr [ge]kämpft“³⁵⁶ hat. Bissinger erklärte, dass sie mit diesem Schritt vor allem „ein Zeichen setzen [wollten], haben allerdings über den Austritt hinaus weiter für die SPD getrommelt. Auch mangels Al-

345 Björn Engholm, 22.03.2021.

346 Björn Engholm, 07.06.2020.

347 Vgl. Engholm, Koexistenz zweier Raucher, S. 97; Rainer Burchardt, Der gescheiterte Hoffnungsträger, in: Deutschlandfunk, 29.11.2007.

348 Hans-Jochen Vogel, Brief an Günter Grass, 14.01.1993, in: AdK, GGA, Signatur 12992.

349 Hans-Jochen Vogel, 09.05.2020.

350 Hans-Jochen Vogel, Brief an Günter Grass, 04.11.1992, in: AdK, GGA, Signatur 12992.

351 Günter Grass, Brief an Hans-Jochen Vogel, 14.01.1993, in: AdK, GGA, Signatur 14582.

352 Günter Grass, Brief an Hans-Jochen Vogel, 14.01.1993, in: AdK, GGA, Signatur 14582.

353 Burchardt / Knobbe, Björn Engholm, S. 337.

354 Burchardt / Knobbe, Björn Engholm, S. 337.

355 Burchardt / Knobbe, Björn Engholm, S. 339.

356 Burchardt / Knobbe, Björn Engholm, S. 339.

ternativen.³⁵⁷ Grass' blieb trotz Distanz Sozialdemokrat. „Die SPD und Günter Grass – das war eine heftige, gelegentlich aber auch unglückliche Liebe.“³⁵⁸ 1998 sagte der Intellektuelle rückblickend: „[G]ewiß, ich hatte und habe meinen Ärger mit der SPD. Aber dieser Ärger macht mich nicht stumm, vielmehr läßt er meinen Zorn beredt werden [...].“³⁵⁹

4.3.2 Informelle Beratung für eine neue sozialdemokratische Asylpolitik

Das Thema Asylpolitik zieht sich als Beratungsthema wie ein roter Faden durch die Korrespondenz von Günter Grass mit verschiedenen Parteivorsitzenden der SPD. Der Intellektuelle setzte sich kontinuierlich für ein neues Staatsbürgerschaftsrecht ein. Dies kann am Beispiel von Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder belegt werden. Gegenüber dem nachfolgenden Parteivorsitzenden Scharping beklagte Günter Grass 1994 die Auswirkungen des Asylkompromisses:

Nachdem der Asyl-Paragraph unter Mitwirkung der SPD seine schützende Funktion verloren hat, ist die Abschiebep Praxis zur Alltäglichkeit geworden, das heißt, unmenschliche Vorgänge sind gesetzlich gedeckt, finden kaum mehr ein Echo in der Öffentlichkeit und werden offenbar auch von der SPD sprachlos hingenommen, was ich als skandalös empfinde.³⁶⁰

Da der Intellektuelle keine Veränderung in der Frage unter Scharping erkennen konnte, war er auch zu keiner Zusammenarbeit mit dem Politiker bereit.³⁶¹ Grass konstatierte nach der Bundestagswahl 1993 aber, dass „die SPD [...] jetzt stark genug [sei], eine Revision des Asylbeschlusses zu fordern und mit Hilfe der Länder durchzusetzen“³⁶². Ein derartiges „Bemühen [würde ihn] wieder der Partei annähern“³⁶³, was unter der Scharpings Führung nicht erfolgte. Nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Lafontaine 1995 erwartete Grass „mit entsprechend großer Spannung [...] nun, was sich konkret als neue Politik für Asylsuchende und Ausländer in Deutschland abzuzeichnen beginnt“³⁶⁴. Es fand ein Telefongespräch zwischen ihnen

357 Manfred Bissinger, 07.04.2020.

358 Manfred Bissinger, 07.04.2020.

359 Grass, Rotgrüne Rede, in: NGA 23, S. 215.

360 Günter Grass, Brief an Rudolf Scharping, 27.04.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14306.

361 Zum deutsch-polnischen Asyl-Abkommen: o. V., Einig über Abschiebung, in: TAZ, 08.05.1994.

362 Günter Grass, Brief an Johannes Rau, 30.10.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14220.

363 Günter Grass, Brief an Johannes Rau, 30.10.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14220.

364 Günter Grass, Brief an Oskar Lafontaine, 22.11.1995, in: AdK, GGA, Signatur 13924.

statt, in dem „über die Asylfrage [...] gesprochen“³⁶⁵ wurde, das Lafontaine „in guter Erinnerung“³⁶⁶ behielt. Er kündigt an, auf das Thema zurückzukommen, „wenn das Karlsruher Urteil bekannt wird und neue Maßnahmen notwendig sein werden“³⁶⁷. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte 1996 die entsprechenden Regelungen, dennoch gab es im Anschluss keine Zusammenarbeit mit Grass.

Im Wahlkampf kündigte Gerhard Schröder an, das Staatsbürgerschaftsrecht ändern zu wollen, was sich auch im Koalitionsvertrag niederschlug.³⁶⁸ Das Thema wurde nach dem Regierungswechsel von Innenminister Schily aufgegriffen. Grass war mit dessen Arbeit nicht zufrieden (vgl. 4.2.1) und wandte sich direkt an Bundeskanzler Schröder. Melanie Förster belegt anhand Interviews, dass „die Ausländerpolitik der rot-grünen Regierung eine Rolle in den Beratungen durch Intellektuelle spielte“³⁶⁹. Auch Grass nahm an diesen Beratungstreffen teil. Thomas Steg bekundet, dass diese Gespräche „zurück auf die Zeit von Björn Engholm [gehen], wo sich diese Intellektuellen sehr stark gemacht haben für Artikel 16 und gegen den Asylkompromiss. Dann gab es in der rot-grünen Regierungszeit von Intellektuellen eher positive Rückmeldungen zur sogenannten doppelten Staatsangehörigkeit.“³⁷⁰ Bissinger erinnert sich an Diskussionen über strittige Fragen wie dem Staatsbürgerschaftsrecht und der Einwanderung.³⁷¹ Steg erklärt, dass die Intellektuellen „sehr stark [...] auf die Thema Bürger und Grundrechte“³⁷² ausgerichtet waren, da diese „die geistige mentale Verfassung des Landes zum Ausdruck“³⁷³ bringen würden. Sie haben zugunsten eines Zuwanderungsgesetzes „gedrängelt und [...] Argumente abgeliefert“³⁷⁴, während in der SPD Skepsis herrschte, da die Bevölkerung noch nicht so weit sei. Schröder schrieb selbst in seinen Erinnerungen: „In zäher Kleinarbeit, oft auch eigenen Ängsten vor Abstrafung durch das Wahlvolk zum Trotz, veränderten wir zunächst das Staatsangehörigkeitsrecht.“³⁷⁵ Grass hob dieses Gesetz lobend als Errungenschaft der Koalition hervor: „Ich finde es großartig, dass es gelungen ist, gegen großen Widerstand und gegen demagogische Politik ein Staatsbürgerschaftsrecht für Ausländern, die seit langen Jahren in Deutschland leben, durch-

365 Oskar Lafontaine, Brief an Günter Grass, 23.01.1996, in: AdK, GGA, Signatur 10424.

366 Oskar Lafontaine, Brief an Günter Grass, 23.01.1996, in: AdK, GGA, Signatur 10424.

367 Oskar Lafontaine, Brief an Günter Grass, 23.01.1996, in: AdK, GGA, Signatur 10424.

368 Vgl. Schröder, Und weil wir unser Land verbessern, S. 64; Schöllgen, Schröder, S. 405.

369 Förster, Intellektuelle als Berater der Politik, S. 173.

370 Thomas Steg, 09.06.2020.

371 Vgl. Förster, Intellektuelle als Berater der Politik, S. 174.

372 Thomas Steg, 09.06.2020.

373 Thomas Steg, 09.06.2020.

374 Bissinger zitiert nach Förster, Intellektuelle als Berater der Politik, S. 174.

375 Schröder, Entscheidungen, S. 261; vgl. Wolfrum, Rot-Grün, S. 176–181 sowie S. 185–187.

zusetzen“³⁷⁶, die nun „die Möglichkeit freigestellt bekommen, sich als deutsche Staatsbürger zu verstehen“³⁷⁷ Er sprach sogar darüber, dass er in die SPD zurückkehren würde, „Voraussetzung [sei] jedoch, dass die Partei dem deutschen Asylrecht wieder zu Ansehen verhilft“³⁷⁸.

Dagegen entbrannte an der Härtefallregelung ein Streit innerhalb der SPD. Grass forderte in einem offenen Brief mit Heide Simonis dessen Einführung ins Ausländergesetz, da „unser Ausländer- und Asylrecht gnadenlos geworden“³⁷⁹ sei (vgl. IV. Kap. 4.3.1). Bundeskanzler Schröder lud Grass im Sommer 2000 daraufhin zu einem beratenden Gespräch mit Innenminister Schily und Justizministerin Däubler-Gmelin ein, um die „vorgeschlagene Härtefallregelung im Asylverfahren“³⁸⁰ zu besprechen. Das anvisierte Gespräch fand in dieser Konstellation letztlich nicht statt.³⁸¹ Däubler-Gmelin betont rückblickend, dass die Einführung eines sinnvollen und menschenrechtskonformen Asylrechts auch „daran gescheitert [ist], dass Schily geblockt hat“³⁸². Die Politikerin wies daraufhin, dass sie in „jenen Jahren häufiger mit Grass telefonierte, sicher auch über seine – mir bekannte und sympathische – Asylhaltung und -aktion“³⁸³. 2005 trat ein Zuwanderungs- und ein Aufenthaltsgesetz in Kraft, das auch Härtefallkommissionen auf Landesebene regelte, sodass das „einst geschmähte Thema heute geachtet“³⁸⁴ wird. Schröder bilanzierte, dass „trotz aller Reformen [...] unser gesamtes Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsrecht noch immer zu sehr darauf angelegt [ist], Zuzug und Einwanderung möglichst zu erschweren.“³⁸⁵ Grass baute sich durch seine unnachgiebige Haltung in der Asylpolitik eine Reputation innerhalb der SPD auf, die dazu führte, dass seine Einwände von Politikern gehört wurden. Auch wenn keine Kausalität hergestellt werden kann, so hatte der Einsatz der Intellektuellen für ein neues Staatsbürgerschaftsrecht und eine Härtefallregelung eine unterstützende Funktion.

376 Michael Naumann / Fritz J. Raddatz, „So bin ich weiterhin verletzbar“, in: *Die Zeit*, 04.10.2001.

377 Grass, Was steht zur Wahl?, in: *NGA* 23, S. 435.

378 Dpa, Günter Grass zur Rückkehr in SPD bereit, in: *Die Welt*, 22.10.2003.

379 Eberhard Seidel, Zivilisation braucht Pflege, in: *TAZ*, 31.12.1999.

380 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 30.05.2000, in: AdK, GGA, Signatur 14349.

381 Vgl. Herta Däubler-Gmelin, 03.03.2001; Otto Schily, 27.10.2020; Günter Grass, Arbeitskalender 2000, in: GUGS; Gerhard Schröder, Kalender, in: Gerhard Schröder Zwischenarchiv Berlin.

382 Herta Däubler-Gmelin, 03.03.2001; vgl. Günter Grass, Arbeitskalender 2000, in: GUGS; Otto Schily, 27.10.2020.

383 Herta Däubler-Gmelin, 03.03.2001.

384 Vgl. Peter Münch, Die Härtefallkommission – einst geschmäht, heute geachtet, in: Jörn-Erik Gutheil (Hrsg.), *Der Herr schafft Gerechtigkeit und Recht. Festschrift für Hans Engel*, Wuppertal 2000, S. 137–141, hier besonders S. 137.

385 Schröder, Entscheidungen, S. 279.

4.4 Zwischenfazit: Kontinuierlicher Einsatz für eine neue Asylpolitik

Günter Grass setzte sich kontinuierlich in der Berliner Republik für eine Veränderung in der Asylpolitik ein.

Politisches Ziel

Grass erkannte früh an, dass Deutschland als Einwanderungsland ein Konzept für die Integration und daraus abgeleitet eine entsprechende Asylpolitik benötigt (vgl. Tabelle 32). Er forderte eine veränderte Entwicklungspolitik und gemeinsame Europapolitik, da die *Festung Europa* auf Dauer keinen Bestand vor den Flüchtlingsströmen habe. Grass verteidigte dennoch das individuelle Recht auf Asyl und forderte ein neues Staatsbürgerschaftsrecht, das auch die in Deutschland lebenden Ausländer integrieren würde. Der Intellektuelle setzte seine prominente Stimme für Ausländer und Asylsuchenden ein, die durch die in den 1990er-Jahren zunehmenden, von Rechtsradikalen verübten Gewalttaten bedroht wurden. Grass machte dafür nicht nur die Skinheads auf der Straße, sondern auch Politiker durch ihre Sprache verantwortlich, die durch ihre Sprache Rassismus schürten.

Tabelle 32: Günter Grass' politisches Ziel, Deutungsmuster und Interventionstyp in der Asylpolitik.

Politisches Ziel	Asylpolitik	
Problemdimensionen	<i>Problemsicht:</i>	Deutschland ist ein Einwanderungsland, verfehlte Asylpolitik
	<i>Problemlösung:</i>	1. Neue Asylpolitik 2. Staatsbürgerschaftsrecht, Integration der Ausländer 3. Unterstützung der Herkunftsländer
	<i>Problemziel:</i>	Geändertes Staatsbürgerschaftsrecht
Deutungsmuster	<i>Historisch:</i>	Lehren aus der Vergangenheit: Minderheitenschutz
	<i>Sozial:</i>	Schutz der Minderheiten, gleichberechtigte Behandlung
	<i>Ökonomisch:</i>	Effektives Verbot von Rüstungsexporten in Bürgerkriege
Interventionstyp	Allgemeiner Intellektueller	

Grass' Engagement basiert auf drei Deutungsmustern. Er zog aus der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands die Lehre, dass Asylrecht und Minderheitenschutz unverrückbare Teile des Grundgesetzes seien. Er setzte sich daher für die stetige Aktualisierung dieses *historischen* Deutungsmusters in dem Kontext ein. Den

zunehmenden Rechtsradikalismus sah er mit Rückblick auf die deutsche Geschichte als besonders gefährlich an. Der Intellektuelle engagierte sich als Sozialdemokrat zudem für eine gleichberechtigte, *soziale* Behandlung aller in Deutschland lebenden Ausländer. Er lehnte es ab, für *ökonomischen* Profit Waffen in Bürgerkriegsländer zu exportieren, die den Krieg verlängern würden. Als *allgemeiner Intellektueller* setzte er sich für Minderheiten und Menschenrechte in der Asylpolitik ein.

Methoden

Grass verwendete seine kommunikative Macht bewusst, um das Thema Asylpolitik sowie den zunehmenden Rechtsradikalismus immer wieder auf die politische Agenda zu setzen (vgl. Tabelle 33). Er nutzte in der Berliner Republik seine Prominenz in einer Vielzahl von offenen Briefen, Appellen und Reden für die Belange der Asylsuchenden. Darüber hinaus gründete er selbst eine *Stiftung zugunsten des Romavolks*, mit der er sich für deren rechtliche Gleichstellung in Deutschland und Europa engagierte. Der Intellektuelle suchte darüber hinaus Anfang der 1990er-Jahre den Kontakt zum damaligen Parteivorsitzenden Björn Engholm und im Zuge der rot-grünen Regierung zu Gerhard Schröder sowie Justizministerin Herta Däubler-Gmelin. Er war im Bereich der Asylpolitik Organisator von Öffentlichkeit, was er bis in die Hinterzimmer der Macht fortführte.

Tabelle 33: Grass' Methoden in der Asylpolitik.

Methoden	Organisator von politischer Öffentlichkeit	Politikberater
Beispiele	– Sprecher für Minderheiten – Öffentliche Politikberatung: Asylkompromiss – Laudatio auf Yaşar Kemal – <i>Stiftung zugunsten des Romavolks</i>	– Asylkompromiss (Björn Engholm / SPD-Austritt) - Oskar Lafontaine – Härtefallregelung/ Staatsbürgerschaftsrecht (Gerhard Schröder / Herta Däubler-Gmelin)
Merkmale	Teilnehmer im bestehenden Diskurs Einmaliger Anstoß zum Diskurs	Informelle Ad-hoc-Beratung von Politikern

Politische Resonanz

Grass erzielte mit seinem Engagement eine Resonanz in den Medien (vgl. Tabelle 34). Es gelang dem Intellektuellen durch seine Aktivitäten nachweisbar, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Asylpolitik sowie auf Einzelschicksale zu lenken.

Grass provozierte häufig damit eine Reaktion von Politikern, löste aber selten darüber hinaus einen Diskurs aus. Große mediale Beachtung erfuhr lediglich sein Parteiaustritt 1992 und seine Laudatio auf Yaşar Kemal 1997. Grass fand im Bereich Asylpolitik und Minderheitenschutz Gehör und erregte durch seine kommunikative Macht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, sodass dies Druck auf Politiker ausübte. Dementsprechend war seine Rolle als Organisator von politischer Öffentlichkeit in diesem Politikfeld bestimmend, während seine intellektuelle Beratung nur bedingt nachgefragt wurde. Die beratenden Gespräche mit Björn Engholm oder Gerhard Schröder führten zu keiner politischen Veränderung. Lediglich die Gespräche mit Kurt Beck und Martin Schulz zur rechtlichen Anerkennung von Sinti und Roma gestalteten sich produktiver.

Tabelle 34: Politische Resonanz von Günter Grass in der Asylpolitik.

Resonanz	Organisator von politischer Öffentlichkeit	Politikberater
Hoch	<i>Hohe Medienresonanz:</i> – Anstoß zum Diskurs (Kemal-Laudatio)	<i>Nachgefragte Beratung:</i> – Härtefallregelung, Staatsbürgerschaftsrecht (Gerhard Schröder) – Sinti und Roma (Kurt Beck, Martin Schulz)
Mittel	<i>Mittlere Medienresonanz:</i> – Advokat von Minderheiten – Aufmerksamkeit für Stiftung Sinti und Roma – Medienwirksamer Parteiaustritt	<i>Bedingt nachgefragte Beratung:</i> – Asylkompromiss (Björn Engholm, Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine)
Niedrig	<i>Niedrige Medienresonanz:</i> – Öffentliche Politikberatung zur Asylpolitik	<i>Nicht nachgefragte Beratung:</i> – Asylpolitik (Otto Schily)
Einordnung	Teilnehmer am Diskurs Diskursanstoß durch Kemal-Laudatio	Mahner für Asylpolitik

Einfluss auf die Politik

Grass' Austritt aus der Partei im Zusammenhang mit der Asylgesetzgebung hatte eine politische Signalwirkung. Gemeinsam mit anderen Intellektuellen demonstrierte er, dass die SPD aufgrund ihrer Asylpolitik Mitglieder verlor. Grass löste darüber hinaus 1997 selbst einen Medienskandal durch die Kemal-Laudatio aus, die eine breite Resonanz bei Politikern auch auf Parteiveranstaltungen herausforderte. Beide Beispiele zeigen, dass Grass somit am ideenpolitischen Kampf um die Deutungshoheit

im Bereich der Asylpolitik teilnahm. Die verschiedenen Diskurse belegen, dass sich im Laufe der Berliner Republik der Zeitgeist veränderte. Grass' politischer Einfluss auf diese Entwicklung ist nicht messbar. Als öffentlicher Intellektueller regte er durch seine provokanten Äußerungen aber nachweisbar das *Policy-Lernen* an. Darüber hinaus wirkte er aber nicht *diskursstrukturierend* (vgl. Tabelle 35). Grass' unmittelbarer Einfluss auf Spitzenpolitiker der SPD war dagegen gering. Die Politiker suchten zwar den öffentlichen und informellen Dialog mit dem Intellektuellen, aber eine Umsetzung seiner Ideen konnte nicht festgestellt werden. Inwieweit derartige Impulse zum Staatsbürgerschaftsrecht (2002) und zur Härtefallregelung (2005) der Regierung Schröder geführt haben (*Diskursinstitutionalisierung*), kann nicht kausal nachvollzogen werden. Die *Diskurshegemonie* für eine Anpassung der Asylpolitik war selbst in der rot-grünen Regierungszeit in der eigenen Partei schwer umkämpft, sodass Grass Schröder Mut machte, auch gegen Widerstand entsprechende Änderungen zu forcieren. In ähnlicher Weise bestärkte er Beck oder Schulz für eine gesetzliche Anerkennung der Sinti und Roma. Inwieweit es ihm durch die öffentliche Thematisierung zu verdanken ist, dass rechtliche Schritte in Form von Rahmenvereinbarungen in den deutschen Bundesländern und Resolutionen auf europäischer Ebene umgesetzt wurden, kann nicht ermittelt werden. Nachweisbar übte er aber öffentlichen Druck aus, um politische Veränderungen herbeizuführen und unterstützte damit die politischen Akteure in ihrem Anliegen. Bilanzierend ist festzuhalten, dass Günter Grass im Bereich der Asylpolitik als allgemeiner Intellektueller folglich primär das *Policy-Lernen* anregte, aber nicht über Deutungsmacht verfügte.

Tabelle 35: Skala des politischen Einflusses von Günter Grass im Bereich Asylpolitik (grau markiert).

Stufe 0	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4
Unterhaltung	Policy-Lernen	Diskurs- strukturierung	Diskurs- institutionalisierung	Diskurshegemonie/ -macht
Mikroebene			Mesoebene	Makroebene

Funktionen des Intellektuellen

Grass fungierte in der Asylpolitik folglich als Vermittler und Kritiker, auch wenn sein Einfluss als allgemeiner Intellektueller begrenzt war (vgl. Tabelle 36). Der Intellektuelle trat als *Vermittler* auf, indem er als Sprecher ohne Mandat für Asylsuchende und Minderheiten deren Belange im Diskurs vertrat. Er nutzte seine *repräsentative Rolle*, um auf die Schicksale der Asylsuchenden und Minderheiten aufmerksam zu machen. Sein zivilgesellschaftliches Engagement verfestigte er durch die Stiftungsgründung. Grass kämpfte zudem als *Kritiker* gegen Rechtsradikalismus und stellte die morali-

sche Verhältnismäßigkeit von Gesetzen infrage. Durch seinen Austritt aus der SPD zeigte er demonstrativ sein Missfallen an dem Asylkompromiss. Der Intellektuelle erkannte früh, dass weder Deutschland als Einwanderungsland noch die Europäische Gemeinschaft über ein Konzept verfügte, um den anhaltenden Zuwanderungsströmen zu begegnen. Derartige Impulse erscheinen angesichts der Flüchtlingskrise von 2015 als frühe Prophezeiung. Grass war kein *Fachexperte* in diesem Politikbereich, auch wenn er durch sein langanhaltendes Engagement vertiefte Kenntnisse erwarb. Er verfügte allerdings über viele Kontakte, die er zu einem breiten Netzwerk ausbaute. Der Intellektuelle nutzte dieses, um den politischen Akteuren Mut für die notwendigen Veränderungen zu machen.

Tabelle 36: Funktionen von Günter Grass in der Asylpolitik.

Allgemeiner Intellektueller	Asylpolitik	Resonanz
Schlichtungsagentur: Vermittler	Sprecher für Minderheiten, Gründer der <i>Stiftung zugunsten des Romavolks</i>	hoch
Kontrollorgan: Kritiker	Nationalsozialismus als moralische Verpflichtung Achtung der Menschenrechte von Asylsuchenden Gleichberechtigte Behandlung	hoch
Frühwarnsystem: Vorreiter	Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland Anpassung des Staatsbürgerschaftsrechts Anerkennung Sinti und Roma Europäisches Konzept	niedrig
Legitimationskraft: Repräsentant	Symbolischer Austritt aus SPD 1992 Wahlkampf für die SPD ab 1998 Kein Wortführer in der Asylpolitik	niedrig
Sprachvermögen/ Formulierungshelfer	Provokation	mittel
Fachexperte	Kein Experte, aber jahrelange Beschäftigung	niedrig

Günter Grass nutzte seine Prominenz als *allgemeiner Intellektueller* für Asylsuchende und Ausländer, die ohne Wahlrecht und auch daher Bürger dritter Klasse in Deutschland seien. Er sah es als seine Funktion, die politischen Akteure an die nationalsozialistische Vergangenheit und die daraus entstandene Verpflichtung, sich für Minderheiten einzusetzen, zu erinnern. In direkten Gesprächen mit Politikern wies er sie auf ihre normativen Werte hin und rief zur kritischen Selbstüberprüfung auf. Derartige zivilgesellschaftlichen Initiativen fanden in der rot-grünen Regierungszeit einen ersten Widerhall.